

Die Sowjetunion und die transsylvanische Frage

Die sowjetische Politik in der transsylvanischen Frage kann am besten als Beispiel dafür dienen, daß die Sowjetunion zur Erlangung ihrer Ziele eine komplizierte Kombination politischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und psychologischer Mittel anwandte¹.

Um den Hintergrund der Sache verständlich zu machen, ist eine kurze geschichtliche Übersicht nötig.

Nach dem Vertrag von Trianon des Jahres 1920 wurde ein Gebiet, von 102.280 qkm von Ungarn an Rumänien abgetreten. Dieses Gebiet, Transsylvanien (Siebenbürgen) reicht allerdings über die Grenzen des historischen Transsylvaniens hinaus; in seinen westlichen Ausläufern reichte es in die große ungarische Ebene hinein. Transsylvanien lag zwar innerhalb der historischen Grenzen Ungarns, doch die nationale Zusammensetzung seiner Bevölkerung war gemischt. Im Jahr 1918 gab es hier eine rumänische Mehrheit. Laut ungarischer statistischer Angaben vom Jahre 1910 lebten in diesem Gebiet 5,24 Millionen Einwohner, davon 2,82 Millionen Rumänen (53,8 %), 1,65 Millionen Ungarn (31,7 %), 556.000 Deutsche (10,6 %) und 200.000 (3,9 %) andere, viele davon Juden. Laut der rumänischen Statistik vom Jahre 1930 trug die Gesamtzahl der Einwohner 5,54 Millionen, davon 3,28 Millionen Rumänen (58,3 %); 1,48 Millionen Ungarn (26,7 %), die übrigen Deutschen und andere. Die Lage im Jahre 1941, nach der Teilung Transsylvaniens gemäß den deutsch-italienischen Schiedsspruch von 1940, läßt sich nach gemischten statistischen Angaben — rumänischen im Süden und ungarischen im Norden Transsylvaniens — folgendermaßen zusammenfassen: im gesamten Gebiet lebten 1941 5,91 Millionen, davon 3,34 Millionen Rumänen (56,6 %), 1,70 Millionen Ungarn (28,9 %) und etwa 860.000 Deutsche und andere (14,5 %)².

Die nationale Zusammensetzung der transsylvanischen Bevölkerung ist nicht nur allgemein, sondern auch in den weitaus meisten Bezirken gemischt (außer südöstlichen, von Ungarn entfernten Winkel, und einigen Kreisen an der ungarischen Grenze, wo eine dichte Konzentration ungarischer Bevölkerung besteht. Es gibt daher keine Möglichkeit, in Transsylvanien exakte Grenzlinien nach ethnischen Gesichtspunkten zu ziehen, und jede Regelung läßt eine große nationale Minderheit in einem der beiden Staaten oder in beiden von ihnen (wie es in den Jahren 1940—44 geschah) zurück.

Es muß jedoch gesagt werden, daß die Schwierigkeit, ethnische Trennungslinien zu ziehen, nicht der entscheidende Faktor bei der Grenzziehung, wie sie im Verträge von Trianon festgelegt wurde, dar-

¹ Le problème hongrois par rapport à la Roumanie par le ministère des affaires étrangères de Hongrie. Budapest 1946, S. 10.

² Ebenda.

stellte. Rumänien wurde auf Kosten Ungarns im Frieden von Trianon durch die Siegermächte bevorzugt. Rumänien erhielt auch Gebiete mit überwiegend ungarischer Bevölkerung, die direkt an Ungarn angrenzten. Zeitweise waren die Ententemächte während der Verhandlungen sogar geneigt, noch weitergehende Forderungen der Rumänen zu erfüllen. Die Forderung von Oberstleutnant Vyx, dem Chef der französischen Militärmission, die Regierung Ungarns solle alle Gebiete am Ostufer der Theiß (Tisza) räumen, war der unmittelbare Anlaß für den Rücktritt des ungarischen Staatspräsidenten Károlyi und seiner Regierung für den Ausbruch der Räterevolution in Ungarn³.

a) *Historische Verbindung als Faktor praktischer Politik*

Die Überführung Transsylvaniens in rumänische Oberhoheit säte den Samen des Streits zwischen Ungarn und Rumänien, der die Beziehungen zwischen beiden Staaten in der Zeitspanne zwischen den beiden Weltkriegen, während des Zweiten Weltkrieges und selbst danach prägen sollte. Die ungarischen Regierungen in der Zwischenkriegszeit forderten alle eine Revision der Trianongrenzen. Um dies zu verhindern, verbündeten sich vertraglich die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien in der sogenannten »Kleine Entente«. Ungarn forderte zwar die Revision aller Grenzen, die in Trianon festgelegt worden waren, aber die transsylvanische Frage stand jedoch in Mittelpunkt ihrer Forderung. Das hatte mehrere Gründe: die Größe der ungarischen Minderheit im neuen Rumänien; das Territorium, das an Rumänien übergang (102.000 qkm), war größer als das Gesamtgebiet Ungarns gemäß dem Verträge von Trianon (93.000 qkm), besonders aber die historische Bindung Ungarns an Transsylvanien, das über Jahrhunderte hinweg im Brennpunkt der ungarischen Geschichte stand.

In der Beurteilung, ob die transsylvanische Frage den zentralen Platz bei der Gestaltung der ungarischen Politik in der Horthy-Epoche gebildet hat, sind sich Historiker und Politiker unterschiedlichster Auffassungen und Schulen einig. John Montgomery (der Gesandter der USA in Budapest bei Eintritt Ungarns in den Krieg gegen die Westmächte war) schrieb zum Beispiel: »Zweifelloso hätte im Falle der Zusicherung Hitlers, Transsylvanien (an Ungarn) zurückzugeben, keine ungarische Regierung stark genug sein können, diesen Vorschlag zurückzuweisen, auch wenn seine Annahme ein Sichabfinden Ungarns mit seiner Verwandlung in eine Basis für deutsche militärische Aktionen bedeutete«⁴. Im vollen Einklang mit dieser Feststellung stellte auch der ungarische Historiker Gyula Szekfű in seinem 1947 veröffentlichten Buche fest, daß es der grundlegende Fehler der ungarischen Politik war, »zuzustimmen, einen Teil der Gebiete, die von Ungarn in Trianon abgetrennt worden waren, aus der Hand Hitlers zu empfangen«. Jedoch unter dem Einfluß der revisionistischen Propaganda, die in Ungarn 20 Jahre lang getrieben

³ Z. B. A. Maccartney: October 15th. Edinburg 1957, Bd. 1, S. 22.

⁴ Montgomery, John Flournoy: Hungary. The Unwilling Satellite. New York 1947, S. 133.

worden war, »war es fast unmöglich, dieses 'Geschenk' nicht anzunehmen, angesichts der Stimmungen, die in der öffentlichen Meinung Ungarns herrschen«⁵.

Der Verfasser einer ungarischen Propagandabroschüre vom Jahre 1946 teilt diese Ansicht: László Bárdossy, anfangs Außenminister und später Ministerpräsident (1941—42), leitete das Schicksal Ungarns, wobei sein Blick völlig nach Rumänien gerichtet war. Seine Beschlüsse, die Ungarn in schicksalsschwere Verwicklungen hineinzogen, rührten fast alle von der Befürchtung her, Rumänien könnte Anrechte sammeln und Ungarn in den Augen der Deutschen bei der Rangordnung ihrer Alliierten zuvorkommen... Es war eine untaugliche Sitte, über die Fragen der ungarischen Politik vom Gesichtspunkt der Konkurrenz mit Rumänien um die Gunst Deutschlands zu entscheiden«⁶.

In diesem Sinne äußerte sich auch ein anderer der verantwortlichen Männer, Miklós Kállay, Ministerpräsident Ungarns in den Jahren 1942—44, als er in seinen Erinnerungen feststellte: »Praktisch war der Hauptgrund für unseren Eintritt in den Krieg (1941) und die Einsetzung unseres Heeres gegen die Russen, daß die Rumänen damals schon ihre volle Kraft gegen die Russen aktiviert hatten, während wir das noch nicht getan hatten, und uns daher die Gefahr drohte, die deutsche Sympathie und Transsylvanien zu verlieren... Die Deutschen warnten, daß falls die Rumänen gegen die Sowjetunion kämpften und wir das nicht täten, Hitler es als seine moralische und praktische Pflicht ansehen würde, seine Stellung in der transsylvanischen Frage zu Gunsten der Rumänen zu ändern«⁷.

Reichsverweser Horthy selbst drückte diesen Gedankengang offen aus: »Am 23. Juni (1941) verlangte der Generalstabschef General Werth vom Ministerpräsidenten, sofort den Krieg (gegen die Sowjetunion) zu erklären. Rumänien war schon in den Krieg eingetreten. Ungarn lief also Gefahr, im Wettlauf zurückzubleiben, wenn es weiter zögerte und statt sich ganz Transsylvanien zu sichern, vielleicht sogar jene Teile, die ihm durch den Wiener Schiedsspruch zurückgegeben worden waren, zu verlieren«⁸.

Nicht nur die Politiker, sondern auch die ungarischen Militärs bestimmten ihre Stellung derartigen politischen Überlegungen gemäß. Der Generalstabschef, General Werth, empfahl in drei Memoranden in den Monaten Mai—Juni 1941, am Kriege gegen die Sowjetunion teilzunehmen, und in seinem Memorandum vom 14. Juni 1941 legte er aus-

⁵ Szekfű, Gyula: Forradalom után. Budapest 1947, S. 66—67. Als einer der bedeutendsten Historiker Ungarns bezog Szekfű in der Zwischenkriegszeit eine nationalistische Position, die sogar rassistische Elemente widerspiegelte. Nach dem 2. Weltkrieg trat er für eine prosowjetische Orientierung der ungarischen Außenpolitik ein. Er war ein engagierter Katholik und war in den ersten Nachkriegsjahren ungarischer Botschafter in Moskau.

⁶ Szeneczi, László: A magyar-román kérdés. Budapest 1946, S. 160.

⁷ Kállay, Nicholas: Hungarian Premier: A Personal Account of a Nation's Struggle in the Second World War. London 1954, S. 61—64.

⁸ Horthy, Nicholas: Memoirs. London 1956, S. 190.

drücklich dar, daß die Teilnahme am Kriege »die Aussichten auf Befriedigung weiterer Forderungen auf Revision verstärken würde und besonders, daß man mit Recht darauf hoffen dürfte, als Preis für die Teilnahme am anti-sowjetischen Feldzug«⁹.

b) *Verlockung und Drohung seitens der Deutschen*

Die deutsche Politik zu diesem Zeitraum unterschied sich in ihrem Wesen nicht von der ungarischen Politik, nur daß ihre Bestrebungen gegensätzlich waren: sie befürchtete Entscheidungen, die in den Augen der Ungarn wünschenswert waren, vor denen die Ungarn aber Angst hatten. Die Rumänen jedoch, wie die Ungarn, setzten ihre Hoffnung auf die Zusicherung der Gunst der Deutschen, und die deutsche Diplomatie verstand sich darauf, diese Sachlage auszunützen.

Sie tat dies im Jahre 1940, zur Zeit des deutsch-italienischen Schiedsspruchs in Wien, der die Teilung Transsylvaniens brachte. Dem Schiedsspruch gemäß wurde Ungarn ein Territorium von 43.000 qkm mit einer Bevölkerung von zwei Millionen, die Hälfte davon Rumänen, zurückgegeben; im Süden Transsylvaniens verblieben unter rumänischer Herrschaft eine halbe Million Ungarn. Gegen die Übergabe dieses Gebietes erpreßte Deutschland von der Regierung in Budapest eine Zusage zur Regelung der Lage der deutschen Minderheit in Ungarn, — eine Regelung, die ihr praktisch den Status eines Staates im Staate verlieh¹⁰. Im Jahre 1941 diente der rumänisch-ungarische Streit den Deutschen als Hebel, um beide Länder in den Krieg gegen die Sowjetunion zu zwingen. Die transsylvanische Frage diente der deutschen Politik auch 1944 als Werkzeug, daß Rumänien und Ungarn den Krieg gegen die Sowjetunion fortsetzte.

Anfang 1944 festigte sich bei Hitler die Auffassung, er könne nicht umhin, Ungarn völlig zu besetzen, da er sich auf die Treue Horthys und seines Gefolges nicht mehr verlassen könne. Am 30. September 1943 überreichte der deutsche Generalstab Hitler einen Plan zur Besetzung Ungarns. Nach diesem Plan sollte Ungarn in drei Operationszonen aufgeteilt werden — die zentrale Zone war zur Besetzung seitens des deutschen Heeres vorgesehen, während sich an der Besetzung der beiden anderen Zonen nach diesem Plan auch rumänische und slowakische Kräfte beteiligen sollten¹¹. Ende Februar 1944 kam der Ministerpräsident Rumäniens, Antonescu, nach Berlin. Bei dieser Gelegenheit erzählte ihm Hitler vom Plan zur Besetzung Ungarns und schlug vor, daß sich auch rumänische Kräfte an dieser Operation beteiligen sollten. Antonescu begrüßte Hitlers Vorschlag mit großer Freude, doch forderte er für eine rumänische Beteiligung die Rückgabe transsylvanischer Gebiete an Rumänien. Da Hitler dieser Preis übertrieben schien, beschloß er, auf

⁹ Ránki, György: Emlékiratok és valóság Magyarország második világháborús szerepéről. Budapest 1964, S. 135.

¹⁰ Szenczei, A magyar-román, S. 161.

¹¹ Ránki, Emlékiratok, S. 250.

eine rumänische Beteiligung an der Besetzung Ungarns zu verzichten¹². Dennoch drohte Hitler auch weiterhin mit einer rumänischen Besetzung bei den Verhandlungen mit führenden ungarischen Politikern. Bei einer Konferenz im März 1944 im Schloß Kleßheim bei Salzburg versuchte Hitler die Zustimmung Horthys zur Besetzung Ungarns zu erhalten — die er auch ohne die Zustimmung des Reichsverwesers auszuführen fest entschlossen war. »Die größte Drohung, derer sich Hitler bei seinem Treffen mit dem Reichsverweser (Horthy) am 18. März 1944 bediente, war, rumänische Soldaten könnten sich an der Besetzung Ungarns beteiligen,« schrieb Miklós Kállay¹³. Als der Reichsverweser sich unnachgiebig zeigte und die Deutschen beschloßen, seinen Widerstand zu brechen, »arrangierte Ribbentrop ein weiteres Treffen zwischen Horthy und Hitler. Wie Szombathelyi (der ungarische Generalstabschef) sagte, verlief das Gespräch in gemäßigtem Stil, und Hitler versicherte, daß rumänische Kräfte an der Besetzung nicht teilnehmen werden«¹⁴.

Hitler drohte aber nicht nur mit der rumänischen Peitsche, sondern lockte Ungarn auch mit Versprechungen. Nach der Besetzung Ungarns am 19. März 1944 konnten die Deutschen dort ihre Position festigen. Die Lage in Rumänien wurde immer bedrohlicher. In den Sommermonaten wuchs die Gefahr eines Abfalls der Rumänen vom deutschen Bündnis. Der deutsche Generalstab arbeitete für diesen Fall einen Plan zur Besetzung Rumäniens aus (»Margarete 2«) — während der Deckname für den Plan zur Besetzung Ungarns »Margarete 1« war) — und in diesem Plan war die Rede von der Möglichkeit einer Beteiligung ungarischer Kräfte an seiner Durchführung¹⁵.

Diese Möglichkeit nahm Gestalt an und zwar nicht nur auf deutsche Initiative hin, nachdem Rumänien am 23. August 1944 tatsächlich aus dem deutschen Lager ausschied und mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet hatte. Die verzweifelte politische und militärische Lage zwang Ungarn so schnell als möglich aus dem Krieg auszusteigen. Doch selbst zu dieser Zeit glaubte Ungarn immer noch an die Möglichkeit einer Erweiterung des ungarischen Territoriums. Am 23. August verhandelte die ungarische Regierung nach dem Ausscheiden Rumäniens aus dem Bündnis über die Besetzung Südtranssylvaniens. Gegen die Bedenken einiger Minister beschloß die Regierungsmehrheit, dem Verlangen Deutschlands zu entsprechen und eine Offensive in Südtranssylvanien zu eröffnen, um »zu retten, was sich noch retten läßt«¹⁶. Am 5. September 1944 eröffneten tatsächlich die schwachen und schlecht ausgerüsteten ungarischen Streitkräfte eine Offensive, deren Ziel es war, Südtranssylvanien zu besetzen um auf dem Kamm der südlichen Karpathen eine Verteidigungslinie gegen die vordringende Sowjetarmee aufzubauen. Doch diese »Verzweif-

¹² Ebenda, S. 252.

¹³ Kállay, Hungarian Premier, S. 393—394.

¹⁴ Ránki, Emlékiratok, S. 265.

¹⁵ Ebenda, S. 251.

¹⁶ Nemes, Dezső: Magyarország felszabadulása. Budapest 1960, S. 26—27.

lungstat ohne die militärische Wirklichkeit zu berücksichtigen hatte nur kümmerliche Erfolge«, schrieb Stephan Kertész¹⁷.

Es muß erwähnt werden, daß die Illusionen, im Falle »angemessenem Verhaltens« einen »Preis« zu erhalten und irgendwelche territorialen Vorteile zu erringen, oder wenigstens einen kleinen Teil der früheren territorialen Gewinne behalten zu können, nicht nur die ungarische Regierung, sondern auch die demokratische Opposition hegte. Ebenso wie die Regierung bei ihrer prodeutschen Politik blieb in der Hoffnung, sie würde ihr irgendwelche Gebietsgewinne bringen, rieten aus eben denselben Beweggründen heraus, die Führer der Opposition zu einer anglo-amerikanischen Orientierung. Im Memorandum der Kleinbauernpartei, das von Endre Bajcsy-Zsilinszky, der später Held des Antinazi-Untergrunds wurde und Zoltán Tildy, der nach dem Kriege Präsident der ungarischen Republik werden sollte, unterzeichnet war und Ende Juli 1943 dem damaligen Ministerpräsidenten Miklós Kállay übergeben wurde, rieten die Führer der Opposition zum Abbruch der Beziehungen Ungarns zu Nazideutschland. Als Argument dafür hieß es in diesem Memorandum: »Aus gewissen Andeutungen in der britischen Presse kann man schließen, daß der ungarischen Armee eventuell die Rolle einer internationalen Polizei übertragen werden könnte, im Falle, daß bei Kriegsende in Mittel- und Osteuropa ein Chaos entstehen würde«¹⁸.

c) *Sowjetische Unterstützung für die ungarischen Forderungen*

Mit dem Vormarsch der Sowjetarmee und der Besetzung Rumäniens und später Ungarns verschwand natürlich der nazi-deutsche Einfluß in diesem Gebiet. Doch das Vakuum blieb nicht lange erhalten und auch die Sowjetunion verstand es, aus den rumänisch-ungarischen Gegensätzen in der transsylvanischen Frage Kapital zu schlagen.

Die sowjetische Diplomatie war in diese Arena aktiv schon zu einem früheren Zeitpunkt eingetreten. Die erste Gelegenheit bot sich ihr im Sommer 1940, als die Sowjetunion in Rumänien die Forderung nach Rückgabe Bessarabiens erhob. Der Volkskommissar für Außenpolitik Molotov, teilte damals der deutschen Regierung mit, die Sowjetunion sei nur bestrebt, »ihre Interessen zu fördern und hege keine Absicht, andere Staaten (Ungarn, Bulgarien) zu ermuntern, an Rumänien Forderungen zu stellen«¹⁹.

Tatsächlich aber hielt sich die Sowjetunion nicht an diese Aussage. Die Deutschen wußten selbstverständlich von solchen abweichenden Handlungen, doch scheint es, daß sie sich darüber nicht besonders aufregten. Denn gerade die sowjetischen Schritte ermunterten die Ungarn, ihrerseits Forderungen an Rumänien zu stellen, in deren Folge die Rumänen sich an Hitler wandten und ihn um Schlichtung dieses Streites baten. Molotow wiederholte eine Erklärung in diesem Sinne vor Kris-

¹⁷ Kertész, Stephen: *Diplomacy in a Whirlpool*. Notre Dame (Ind.) 1953, S. 81–82.

¹⁸ Kállay, Hungarian Premier, S. 243.

¹⁹ *Nazi-Soviet Relations*. Washington 1948, S. 160.

tóffi im Verlauf der rumänisch-ungarischen Verhandlungen in Turnu-Severin²⁰. Am Tage des Einzugs der sowjetischen Streitkräfte in Bessarabien rief der Leiter der Abteilung für Südeuropa im sowjetischen Außenministerium, Dekanozow, Kristóffi zu sich und erklärte, daß »die Stellung Ungarns Transsylvanien gegenüber mit der Stellung der Sowjetunion gegenüber Rumänien in der bessarabischen Frage in vielen Hinsichten übereinstimme«²¹.

John Montgomery gibt den Bericht eines britischen Diplomaten in Budapest wieder, über ein Gespräch, das sich in jenen Tagen zwischen Stalin (der nur äußerst selten persönlich mit ausländischen Botschaftern und Gesandten zusammentraf) und Kristóffi geführt wurde:

»Stalin: 'Hat Ungarn auf seine Forderungen auf Transsylvanien verzichtet?'

Kristóffi: 'Nein, es hat nicht verzichtet.'

Stalin: 'Warum greift ihr dann Rumänien nicht an? Jetzt ist die Zeit gekommen! —

Kristóffi: 'Ich werde meiner Regierung darüber berichten«²².

Montgomery gibt die Quelle, auf die er sich beruft, nicht an, und es gibt keine verlässliche Quelle, aus der eine Bestätigung dieses Gesprächs zu bekommen wäre. Aber der deutsche Gesandte in Budapest, Erdmannsdorff, berichtete am 5. Juli 1940 dem Auswärtigen Amt in Berlin, aufgrund seines Gesprächs mit dem ungarischen Außenminister Csáky, daß Molotow — der nur Diplomaten im Rang von Botschaftern zu empfangen pflegte — mit dem ungarischen Gesandten Kristóffi zweimal im Laufe von 72 Stunden gesprochen und ihm erklärt habe, daß »im Gegensatz zu Gerüchten, die Sowjetunion keinerlei Forderungen an Ungarn habe, daß sie mit Ungarn freundschaftliche Beziehungen pflegen wolle und daß er die ungarischen Forderungen betreffend Transsylvaniens betrachte«²³. Allerdings scheute sich Molotow, diese seine Stellungnahme zu veröffentlichen, und als er darum gebeten wurde, erklärte er, die Sowjetunion sympathisiere zwar mit der ungarischen Haltung, doch »sehe er keinen Anlaß dafür, daß die sowjetische Presse die Auffassung der sowjetischen Regierung zum rumänisch-ungarischen Konflikt zum Ausdruck bringe«²⁴.

²⁰ Telegramm der ungarischen Botschaft in Moskau an das Budapester Außenministerium Nr.: 95, 4. 7. 1940. Vgl. Gallért, Andor: *Magyar diplomaták Moszkvában 1939—41*: in *Új Látóhatár* (1975) S. 28. Kertész, Diplomacy, S. 50.

²¹ Telegramm Nr. 88, 2. 6. 1940 Das Datum im Original ist offensichtlich unrichtig. Dem Inhalt entsprechend müßte es 29. 6. 1940 heißen. Gallért *Magyar diplomaták*, S. 28.

²² Montgomery, Hungary, S. 138.

²³ Documents on German Foreign Policy 1918—1945. London 1957, Doc. Nr. 119, S. 132.

²⁴ Gallért, *Magyar diplomaták*, S. 28

Dieses Problem tauchte nach einem Jahr wiederum auf, in einem sehr dramatischen Moment der sowjetischen Geschichte, einige Tage nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion. Die sowjetische Regierung war damals daran interessiert, den Beitritt weiterer Staaten, darunter auch Ungarn, in den Krieg gegen sie zu verhindern. Molotow ließ daher am 23. Juni 1941 den ungarischen Gesandten Kristóffy, zu sich rufen und erklärte ihm, »die sowjetische Regierung habe keine Forderungen oder aggressive Absichten gegen Ungarn, sie habe keine Vorbehalte gehabt, daß die ungarischen Forderungen auf Kosten Rumäniens befriedigt würden, und auch in Zukunft werde sie keine Vorbehalte in dieser Sache haben«²⁵.

Die kommunistischen Historiker und Politiker in Ungarn haben bei mehreren Gelegenheiten den ersten Teil dieses Dokuments zitiert, aber in allen Fällen nicht den zweiten Teil (bezüglich des Fehlens von Vorbehalten in Vergangenheit und in Zukunft gegen die ungarischen Forderungen auf Kosten Rumäniens), anscheinend um die sowjetische Führung nicht zu desavouieren und in Verlegenheit zu bringen. Die ungarische kommunistische Geschichtsschreibung leugnet aber nicht die Existenz und den Inhalt des vollständigen Dokuments und in verschiedenen Andeutungen bestätigt sie sogar seinen Inhalt. Gyula Kállai, ein Führer der Ungarischen Kommunistischen Partei (eine Zeit lang war er Ministerpräsident, bis zum Parteikongreß 1974 war er Mitglied des Politbüros) schreibt z. B., daß im Gespräch mit Kristóffy im Juni 1941 Molotow sagte, die sowjetische Regierung habe keine Forderungen an Ungarn und »wenn Ungarn neutral bleibe, werde die Sowjetunion bereit sein, für seine Grenzen zu bürgen« (wie sie damals waren — d. h. mit den Annexionen auf Kosten der Tschechoslowakei Rumäniens und Jugoslawiens)²⁶. Der Geschichtswissenschaftler Loránt Tilkovszky betont in diesem Zusammenhang, daß unter den sowjetischen Gesten Ungarn gegenüber »in den Tagen nach dem deutschen Überfall von 1941 auch nicht die Geste der Bereitschaft gefehlt habe, die friedliche Regelung gewisser ungarischer territorialer Forderungen zu unterstützen«²⁷.

Eine »ideologische« historische Fundierung dieser sowjetischen Stellung versucht der ungarische Historiker László Szenczei zu geben, der bei dieser Gelegenheit auch behauptet, daß Horthy-Regime sei dem rumänischen zu besagter Zeit gesellschaftlich-politisch vorzuziehen gewesen: »es ist eine interessante historische Erscheinung, daß die Sowjetunion, die um ihren Frieden besorgt war, in diesem Moment (1941) im konservativen ungarischen Regime eine kleinere Gefahr sah als im rumänischen, in dem sich ein schneller Prozeß der Faschisierung abspielte, und daher zeigte sie Verständnis gegenüber der Tätigkeit der Regierung

²⁵ Ebenda, S 34. Telegramm Nr. 105, 23. 6. 1940 von Kristóffy an das Außenministerium in Budapest.

²⁶ Kállai, Gyula: A magyar függetlenségi mozgalom 1939—1945. Budapest 1955. S. 87.

²⁷ Tilkovszky, Lóránt: A Teleki kormány külpolitikája 1939—41, Századok 99 (1965) S 926.

Teleki (Sommer 1940) bezüglich der Befriedigung der ungarischen territorialen Forderungen«²⁸. Diese Analyse ist nicht sehr realistisch: die Sowjetunion unterstützte die ungarischen Forderungen gegenüber Rumänien in erster Linie deswegen, weil sie in dieser Zeit selbst in scharfer Konfrontation mit Rumänien stand, und zwar auch wegen territorialer Forderungen (Bessarabien, Bukowina), und die Anmeldung der ungarischen Forderungen verstärkte den Druck auf die rumänische Regierung. Die inneren Angelegenheiten Rumäniens und Ungarns spielten überhaupt keine Rolle, oder sie stellten höchstens einen sehr untergeordneten Faktor in den sowjetischen Überlegungen dar. Die Behauptungen des ungarischen Historikers sind deswegen von Interesse, nicht weil sie geschichtlichen Aussagenwert hätten, sondern weil sie beweisen, daß auch das ungarische Nachkriegsregime auf sowjetische Unterstützung für die ungarischen Vorkriegsforderungen in der transseylvanischen Frage rechnete.

Aber die ungarische Regierung setzte ihre ganze Hoffnung 1941 auf Nazideutschland; die sowjetischen Zusicherungen hielten sie von Beitritt zum Kriege gegen die Sowjetunion nicht ab. Es scheint, daß bei Kriegsende auch Horthy selbst sich in dieser Angelegenheit historisch schuldig fühlte. Denn nur so ist sein Versuch zu verstehen, die Verantwortung für diesen Schritt dem damaligen Ministerpräsidenten, László Bárdossy (der zur Zeit als Horthy seine Memoiren schrieb, schon in Ungarn als Kriegsverbrecher hingerichtet worden war) in die Schuhe zu schieben. Im Juni 1941 »verheimlichte Bárdossy ein Telegramm unseres Gesandten in Moskau, das in jenen kritischen Tagen eintraf«, schreibt Horthy. »Ich hörte davon erst drei Jahre später; als Bárdossy wegen der Verheimlichung des Telegramms zur Rede gestellt wurde, gab er die Tat zögernd zu. Das Telegramm enthielt eine Mitteilung des Gesandten Kristóffy, daß Molotow die Unterstützung Rußlands in der transseylvanischen Frage zugesagt habe, unter der Bedingung, daß Ungarn neutral bleibe«²⁹.

Nach drei Jahren, als Horthy — wenn man ihm glauben will — das erste Mal von dem Telegramm hörte, war die Lage völlig anders. Im August 1944 schied Rumänien aus dem Bündnis mit Deutschland aus, ein paar Wochen später drangen die sowjetischen Truppen bis Transseylvanien vor, und im Oktober hatten sie das ganze Gebiet schon besetzt. Unter diesen Umständen hatte es von der Sowjetunion aus gesehen, keinen Sinn mehr, sich an Ungarn zu wenden, um es zum Bruch mit Hitler zu überreden. Doch selbst als die Kämpfe ihren Höhepunkt erreicht hatten, vergaß die Sowjetdiplomatie nicht die Möglichkeiten, die in der transseylvanischen Frage verborgen waren.

d) Die »Hintertür« des Paragraphen 19

Das Waffenstillstandsabkommen, das die Repräsentanten Ungarns in Moskau am 20. Januar 1945 unterschrieben, legt eindeutig fest, daß die Schiedssprüche von Wien der Jahre 1938 und 1940 null und nichtig sind,

²⁸ Szenczei, A magyar-román, S. 156.

²⁹ Horthy, S. 190.

Ungarn verpflichtet sich, seine Truppen hinter seine Grenzen vom 31. Dezember 1937 zurückzuziehen und alle Gesetze und Verordnungen, welche die Annexion von Gebieten der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens betreffen, aufzuheben³⁰.

Gerade im Waffenstillstandsabkommen mit Rumänien, das im September 1944, mehr als vier Monate vor dem ungarischen Waffenstillstand unterschrieben wurde, blieb eine Hintertür zur Revision der rumänisch-ungarischen Grenzen von 1937 offen. Der Paragraph 19 dieses Abkommens bestimmt, daß »die verbündeten Regierungen den Wiener Schiedsspruch bezüglich Transsylvaniens als null und nichtig betrachten und übereinkommen, daß Transsylvanien (oder ein Großteil) an Rumänien zurückgegeben werde, vorbehaltlich der Bestätigung durch einen Friedensvertrag«³¹. Dieser Paragraph, genauer gesagt die Zwischenbemerkung (»oder ein Großteil«) bot den Anlaß für ungarische und rumänische politische Überlegungen in den zwei folgenden Jahren und prägte die Außenpolitik und sogar viele Aspekte der Innenpolitik der beiden Länder.

Im September 1944 veröffentlichten die ungarischen Kommunisten, die damals im besetzten Ungarn in der Illegalität wirkten, ein Propagandablatt, in dem unter anderem stand: »Es ist unmöglich, Transsylvanien durch den Krieg auf der Seite Hitlers zu verteidigen: auf solche Weise kann man es nur endgültig verlieren. Denn Transsylvanien wird letzten Endes dem Staat gehören, der mutig und entschlossen gegen Hitler kämpft«³². Mehr noch, in der illegalen Zeitung »Szabad Nép«, die im September 1944 erschien, wurden als »schmähliche Provokateure« jene Leute bezeichnet, die in die Stadt Cluj, Klausenburg (Kolozsvár) gekommen waren, sich als ungarische Kommunisten ausgaben und angeblich im Namen der Budapest Zentrale »vorschlugen, daß sich Transsylvanien von Ungarn lösen und eine selbständige transsylvanische Räte-republik errichten solle«. Laut »Szabad Nép« war dieser Plan »diametral entgegengesetzt der Politik und den Zielen der Arbeiterbewegung in ihrem Kampf gegen Faschismus und Krieg«³³. Einer der illegalen Führer der Partei in jenen Tagen, Gyula Kállai schrieb darüber nach dem Krieg, daß im Herbst 1944 »die ungarischen Kommunisten erklärten, die Frage der politischen Zugehörigkeit der von Ungarn bewohnten Gebiete positiv oder negativ, gemäß der Rolle, die Ungarn im Kriege gespielt habe, gelöst werde«³⁴.

Es ist sehr zu bezweifeln, daß die ungarischen Kommunisten im Untergrund, als sie diese Stellungnahme im September 1944 abgaben, Kenntnis von der Formulierung des Paragraphen 19 des rumänischen

³⁰ Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens: Felszabadulás 1944, szeptember 26 — 1945, április 4. Budapest 1955, S. 222—226.

³¹ Wortlaut dieses Paragraphen — K e r t é s z, Diplomacy, S. 227.

³² P i n t é r, István: A magyar ellenállás és 1944, október 15-e, in: Századok 104 (1970) S. 39.

³³ Az illegális Szabad Nép. Budapest 1954, S. 101.

³⁴ K á l l a i, S. 205.

Waffenstillstandsabkommens hatten, demzufolge eine Möglichkeit bestand, daß nur ein größerer Teil Transseylvaniens an Rumänien zurückzugeben sei, daß also ein kleiner Teil Ungarn überlassen werden könnte. Die in der Illegalität tätigen Kommunisten verfügten zu jener Zeit nur über derart kümmerliche Kommunikationsmittel, daß nicht angenommen werden kann, daß ihre Stellungnahme aufgrund der neuesten politischen Ereignisse jenseits der Frontlinien (Anfang September 1944) abgeben konnten. Aber sie brauchten den Wortlaut des Paragraphen 19 gar nicht zu kennen, um sich eine Meinung zu bilden, daß eine Möglichkeit bestünde — allerdings eine Möglichkeit, die an bestimmte Bedingungen gebunden wäre — daß Ungarn einen Teil der Gebiete, die nach dem ersten Weltkrieg abgetrennt worden waren, nun zurückerhalten könnte. Die ungarischen Kommunisten bezogen traditionsgemäß eine reservierte und sogar ablehnende Stellung zum Vertrag von Trianon; im Jahre 1919 waren sie tatsächlich auf den Wogen des Widerstandes gegen die weitreichenden territorialen Forderungen der Alliierten, die später als Grundlage des Vertrages von Trianon dienten, zur Macht gekommen. Auch zwischen beiden Weltkriegen hielten die ungarischen Kommunisten die Grenzen von Trianon nicht für heilig, was z. B. in den Beschlüssen des 5. Komintern-Kongresses von 1925 zum Ausdruck kam, die zu verstärkter Parteitätigkeit unter dem ungarischen Bewohnern der an die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien angeschlossenen Gebiete aufrief, und zwar unter der Losung »Nationale Selbstbestimmung bis zum Recht auf Lostrennung von den Ländern, die diese Gebiete annektiert haben«³⁵. In den dreißiger Jahren, noch vor dem 7. Komintern-Kongreß, propagierten die ungarischen Kommunisten die Losung der »demokratischen Revision des Trianon-Vertrages«³⁶. Die ungarischen Kommunisten wurden bei der Festigung ihrer Stellung, die Möglichkeit einer Revision der rumänisch-ungarischen Grenzen zu erstreben, zweifellos vom »Verständnis« ermuntert, das Molotow und Dekanozov in den Jahren 1940—41 für die ungarische Forderungen gezeigt hatten; der Inhalt ihrer Erklärungen war den ungarischen Kommunisten sicherlich kein Geheimnis geblieben.

Recht bald kam es in Transseylanien zu dramatischen Ereignissen, die den Glauben der ungarischen Kommunisten, eine Änderung der Grenzen von Trianon in Transseylanien sei nicht ausgeschlossen, noch verstärkten.

e) Vier Monate Selbstverwaltung

Als die Sowjetarmee in Transseylanien vordrang, setzte sie dort eine rumänische Selbstverwaltung ein. Doch noch vor der Einrichtung einer örtlichen Verwaltung im Norden Transseylvaniens in dem Gebiet, das seit 1940 unter ungarischer Herrschaft stand, traten dort »Gruppen von Freiwilligen« auf, die hauptsächlich aus Flüchtlingen bestanden, aus diesem Gebiet bei der Übergabe an Ungarn geflohen waren und sich

³⁵ Burks, Richard V.: *The Dynamics of Communism in Eastern Europe*. Princeton 1961, S. XV.

³⁶ Vita a Blum-tézisekről, in: *Párttörténelmi Közlemények* 10 (1958) S. 104.

»Maniu-Garden« nannten, nach dem Führer der rumänischen Bauernpartei Julius Maniu (jedoch, wie einige Quellen bezeugen, ohne dessen Einverständnis oder gar seines Wissens)^{36a}.

Ein britischer Diplomat, der Anfang 1945 die Stadt Klausenburg besuchte, berichtete seinem Außenministerium, daß diese Banden »private Fehden führten«, für Morde »an mindestens 35 Ungarn verantwortlich« seien, und daß »die Maniu-Garden zweifellos die ungarische Bevölkerung wochenlang unter Terror gehalten haben«³⁷. Die Repräsentanten der ungarischen Einwohner delegierten eine Abordnung an das Kommando der Sowjetarmee, beschwerten sich über die Terrortaten der »Maniu-Garden«, und wie jener britische Diplomat in seinem Bericht ausführte, »hatten sie zweifellos recht, als sie darauf hinwiesen, daß das Verhalten der Garden die Verbindungslinien der Roten Armee gefährde«³⁸.

Die britische Botschaft in Moskau unterrichtete London noch vorher, aufgrund der Informationen eines amerikanischen Journalisten, die dieser von einer ungarischen Delegation erhalten hatte, die sich zu dieser Zeit in Moskau aufhielt, um über den Waffenstillstand zu verhandeln: »Als die Russen, mit Hilfe rumänischer Einheiten, zuerst (in den Norden Transsylvaniens) vordrangen, setzen sie eine örtliche rumänische Zivilverwaltung ein, die anscheinend von den Bukarester Behörden unabhängig war. Diese erwies sich als unfähig und unterdrückte die Ungarn. Die dort ansässigen Ungarn beschwerten sich beim Kommando der Roten Armee...«³⁹.

Aufgrund dieser Beschwerden beschloß die Alliierte Kontrollkommission, die den Waffenstillstand mit Rumänien überwachte (ACC), auf Initiative ihres sowjetischen Vorsitzenden, am 14. November 1944, »das reaktionäre rumänische Regime aus Transsylvanien zu entfernen, bis ein wirklich demokratisches Regime in Rumänien errichtet sein wird, das fähig ist, die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen und die Wahrung demokratischer Rechte der ungarischen Bevölkerung zu garantieren«. »Világosság«, eine Zeitung in ungarischer Sprache, die damals in Transsylvanien (unter sowjetischer Militärzensur) herauskam, berichtete am 25. Januar 1945, daß Andrej Wyschinski, Vorsitzender des ACC, erklärt habe, daß »ohne Zustimmung der sowjetischen Militärregierung, völlig willkürlich in Transsylvanien Gruppen auftreten, die sich Julius-Maniu 'Freiwilligen — Einheiten' nennen, Plünderungen durchführen und die ungarischen Einwohner terrorisieren«⁴⁰.

^{36a} Documents of the British Foreign Ministry. FO 371, R 12693/219/37, 16. 1. 1945.

³⁷ FO 371, R 12693/219/37, 19. 7. 1945. Bericht des britischen Repräsentanten in Rumänien, Le Rougetel an Außenminister Anthony Eden anlässlich eines Besuchs in Klausenburg am 19. 7. 1945.

³⁸ Ebenda.

³⁹ FO 371 R 1220/26/21, 16. 1. 1945.

⁴⁰ Zitiert nach: Csátáry, Daniel: Forgószeiben 1940—1945. Budapest 1968, S. 442.

Der Beschluß (der nicht in ganz Transsylvanien sondern nur in seinem nördlichen Teil, der seit 1940 unter ungarischer Herrschaft stand, durchgeführt wurde), die rumänische Verwaltung zu beseitigen, erregte bei den rumänischen Führern Zorn und Verbitterung. Der britische Vertreter in Bukarest berichtete seinem Außenministerium am 27. November 1944, Julius Maniu habe sich brieflich bei Wyschinski beschwert, daß »das sowjetische Kommando die Wiedereinsetzung rumänischer Behörden in Nordtranssylvanien nicht erlaube (und daß diese Lage) im großen Gegensatz zu den Waffenstillstandsbestimmungen stehe und die lebenswichtigen Interessen Rumäniens verletze«⁴¹. In einem anderen britischen Bericht heißt es, daß Anhänger Manius in Klausenburg selbst jene, die an der antinazistischen Widerstandsbewegung teilgenommen hatten, »entsetzlich chauvinistisch sind... und ihre Frist und unsere Zeit mit Angriffen auf Russen, Ungarn und die gegenwärtige Regierung vergeuden«⁴².

Was nach Ansicht britischer Diplomaten den Zorn der rumänischen Führer erregte, war für die Ungarn in Transsylvanien Hoffnung und Ermutigung. Umso mehr, als »die Russen in Nordtranssylvanien die ungarische Währung und die ungarische Sprache in offiziellen Veröffentlichungen wieder einführten und die ungarischen Schulen wieder öffneten. Die rumänische Universität, die nach Klausenburg überführt worden war, wurde nach Hermannstadt zurückverlegt«⁴³.

Höchstwahrscheinlich führten die sowjetischen Militärbehörden diese Maßnahmen aus verschiedenen Beweggründen durch. Zunächst waren es militärische Gründe. Denn die Sowjettruppen unmittelbar hinter der Front wurden durch die Terroranschläge, die Plünderungen und die Unfähigkeit der rumänischen Lokalverwaltung gefährdet. Dazu kam die Tatsache, daß die Haltung der ungarischen Bevölkerung im großen und ganzen der Sowjetarmee gegenüber in Transsylvanien positiver war als die der rumänischen Einwohner; das hatte mehrere Gründe. Einer davon war, daß in Nordtranssylvanien die städtische Bevölkerung meistens ungarisch ist, während die rumänische Mehrheit hauptsächlich auf dem Lande lebt — und die transsylvanischen Städte waren schon immer Hochburgen der Arbeiterbewegung. Ein allgemeinerer Grund war wohl, daß in den Augen der Rumänen die Russen lediglich Eroberer waren, während in den Augen der Ungarn sie zwar auch Eroberer, aber auch potenzielle Verteidiger vor Rachetaten jener Rumänen waren, die 1940 aus diesem Gebiet vertrieben worden waren und nun haßerfüllt zurückkamen. Jedenfalls »war die Haltung der ungarischen Bevölkerung in Klausenburg gegenüber der Roten Armee auffallend anders als die Atmosphäre des Mißtrauens, an die man sich in Rumänien gewöhnt hatte«, wie der britische Vertreter Le Rougetel von seinem Besuch in Klausenburg berichtete. »Die Soldaten des Marschalls Malinowski benahmen sich in Klausenburg nicht besser als anderswo und doch tun die

⁴¹ FO 371 R 461/219/a/37.

⁴² FO 371 R 12693/219/317

⁴³ FO 371 R 1220/26/21.

Ungarn alles, um ihnen gegenüber Freundschaft zu bezeugen. Ein improvisiertes Konzert der Roten Armee auf einem der zentralen Plätze der Stadt fand offensichtlich ehrlichen Beifall bei einer großen Zahl von Zuhörern. Zwei russische Offiziere, die an einer Teeegesellschaft in einem ungarischen Hause teilnahmen, wurden (von ungarischer Seite) mit auffallender Unbefangenheit empfangen. ... Die Ungarn bemühten sich, die Russen zu überzeugen — und das zweifelsohne mit einigem Recht — daß sie bessere Kommunisten abgeben als die Rumänen ... Auch Angehörige der ungarischen Intelligenz, die mit der Kommunistischen Partei nicht verbunden sind, — ... haben absolut kein Vertrauen zu den Versprechungen der rumänischen Regierung, beiden Völkern gleiche Möglichkeiten zu bieten«⁴⁴.

Eine Entscheidung, sich auf ungarische örtliche Verwaltung in Nordtranssylvanien zu stützen, konnte also der Roten Armee ein sicheres Hinterland garantieren; viele der ungarischen Repräsentanten waren alte Kommunisten oder Sozialdemokraten, und das war zweifelsohne ein Vorteil in den Augen der sowjetischen Behörden. Das war aber sicherlich nicht ihre einzige, und noch nicht einmal die hauptsächliche Erwägung. Sie errichteten in Nordtranssylvanien eine Selbstverwaltung, die hauptsächlich aus ungarischen Kommunisten und Sozialdemokraten bestand, wobei auch rumänische Kommunisten beteiligt wurden: diese Selbstverwaltung war sowohl von der Bukarester Regierung wie auch von der ungarischen Regierung (die ihren Sitz damals in der Stadt Debrecen hatte) unabhängig⁴⁵, denn das Bestehen eines solchen Regimes war ein überaus nützliches Werkzeug, um nach beiden Seiten verlockend, oder drohend das Gebiet zu übereignen.

Es ist nicht auszuschließen, daß die Sowjetunion zu einem bestimmten Zeitpunkt der Entwicklung erwogen haben mag, dieser Situation einen ständigen Charakter zu verleihen und in Nordtranssylvanien, oder vielleicht in ganz Transsylvanien, eine autonome halb-autonome Verwaltung aufzustellen. Jedenfalls war diese Ansicht unter den ungarischen, aber auch den rumänischen Führern, die zu jener Zeit an der Spitze der nordtranssylvanischen Selbstverwaltung standen, weit verbreitet. In einem Memorandum, das die Oberhäupter dieser Verwaltung den sowjetischen Behörden übergaben (und dessen Abschrift sich im Besitz von Prof. Géza Teleki in den USA befindet), forderten sie »Nordtranssylvanien einen unabhängigen Status zu verleihen und verlangten sogar, diesen Status auch auf jenen Teil Transsylvaniens (im Süden) auszudehnen, der auch nach dem Wiener Schiedsspruch von 1940 bei Rumänien verblieben war«⁴⁶. Laut einer anderen Version schlug die sowjetische Seite sogar den Grafen István Bethlen (Ministerpräsident in der

⁴⁴ FO371R12693/219/317.

⁴⁵ Diese Beschreibung der Zusammensetzung des transsylvanischen Regimes wird unter anderem im Telegramm FO 371 R 1220/62/21 der britischen Botschaft in Moskau gegeben.

⁴⁶ Burks, S. 156—157. Ein Durchschlag dieses Memorandums befindet sich im Besitz von Géza Teleki in den USA.

ersten Zeit des Horthy-Regimes in den zwanziger Jahren), der sich damals im Herrschaftsgebiet der Roten Armee befand, als Regent oder Repräsentant eines selbständigen transsylvanischen Staates vor, doch Bethlen lehnte das ab⁴⁷.

Der Repräsentant der britischen Militärdelegation in Rumänien, Major W. R. Young, berichtete am 8. März 1945 über seine Erkundungsreise durch Transsylvanien, daß »die Ungarn Bereitschaft zeigten, aus opportunistischen Erwägungen heraus, sich die kommunistische Politik zueigen zu machen, und dadurch ... hofften sie, Transsylvanien auf Kosten der Rumänen zurückzubekommen oder wenigstens dort einen selbstständigen Staat unter ungarischem Einfluß zu errichten⁴⁸. Der politische Repräsentant Britanniens in Rumänien, Le Rougetel, schrieb über dasselbe Thema mit positivem Unterton: »Die Geschichte dieser fünf Monate (November 1944 bis März 1945 — Y. L.) ist sehr interessant und betrachtenswert, weil sich in ihr der Gedanke eines autonomen Transsylvaniens, der dem Herzen der meisten Ungarn so teuer ist, prüfen läßt... Die Kommunisten, sowohl die rumänischen als auch die ungarischen, die in dieser Zeitspanne an der Macht waren, sind gebildete Leute und ihr aktiver Anteil an der Untergrundbewegung in der Zeit der deutschen Besetzung ist bekannt... Die Führer der Kommunistischen Partei sind die einzigen, die überzeugt zu sein scheinen, daß eine Zusammenarbeit zwischen den Angehörigen beider Nationen auf dem Verwaltungssektor positive Ergebnisse zeitigen kann und die Erfahrungen in der Stadt Klausenburg können beispielhaft sein. Der Bürgermeister ist ein rumänischer Sozialdemokrat, seine beiden Stellvertreter sind aber ungarische Kommunisten, genau so wie der stellvertretende Bezirkspräsident. Auch in anderen Bezirken besteht eine gemischte Administration, und die Angelegenheiten gehen garnicht schlecht voran, wenigstens soweit man das auf den ersten Blick feststellen kann«⁴⁹.

Die Ungarn — in Ungarn selbst wie auch in Transsylvanien — begrüßten selbstverständlich die so entstandene Lage, sie hatten ja nichts zu verlieren sondern konnten nur gewinnen; jede Regelung — neuerliche Annexion an Ungarn oder Autonomie für ganz Transsylvanien oder für seine nördliche Hälfte — war in ihren Augen besser als eine Rückführung unter rumänischer Herrschaft. Es ist daher kein Wunder, daß noch nach zwei Jahren, im Jahre 1946, einem ungarischen Historiker Transsylvanien als »Oase inmitten des Leidens« erschien, da »wie mit einem Zauberstab Nordtranssylvanien seine Freiheit erlangte und sofort beginnen konnte, seiner Freiheit Ausdruck zu verleihen und die Kriegswunden zu heilen«⁵⁰. Eine offizielle Veröffentlichung des ungarischen

⁴⁷ Ebenda. Über die Verhandlungen, welche die Sowjetbehörden mit Bethlen führten, lassen sich Belege und Dokumente in der ungarischen kommunistischen Geschichtsschreibung finden. Siehe z.B. Korom, Mihály: in: Párttörténelmi Közlemények 10 (1974) S. 111. Aber hier wird der Vorschlag bezüglich Transsylvaniens nicht erwähnt.

⁴⁸ FO 371 R 6446/219/37.

⁴⁹ FO 371 R 12693/219/39.

⁵⁰ Szenczei, A magyar-román, S. 167.

Außenministeriums aus dem Jahre 1946 rief die Teilnehmer am Pariser Friedenskongreß auf, über das Schicksal Transsylvaniens nur nach Anhörung der Repräsentanten der örtlichen Bewohner zu entscheiden, »die hoffen, in ihrem alten Fürstentum wieder ein selbständiges transsylvanisches Regime zu errichten, das zwischen Rumänien und Ungarn als Brücke der Einheit dienen kann«, wie es 1944—45 war, als »sie die demokratischen Grundlagen einer neuen Administration legten, die neuen Polizeikräfte organisierten... und von einem gemeinsamen Grundsatz geleitet waren: volle Rechtsgleichheit der Rumänen und Ungarn als Elemente, die den Staat bilden... Leider war diese Zeitspanne nur eine kurze Episode in der Geschichte Transsylvaniens. Rumänien sah die Errichtung der transsylvanischen Unabhängigkeit nicht gern«⁵¹.

Die Ungarn waren aber im Wettlauf um Transsylvanien in einer schwächeren Position. Im Januar 1945, als die ungarische provisorische Regierung noch in ihrer Formierung begriffen war, kam schon eine Delegation von Führern der Rumänischen Kommunistischen Partei von einem offiziellen Besuch aus Moskau zurück, die bei ihrer Rückkehr erklärte, daß »wenn anstelle der Koalitionsregierung in Bukarest eine Regierung geschaffen würde, in der die Kommunisten entscheidenden Einfluß hätten, würde Transsylvanien in rumänische Verwaltung zurückkehren«⁵².

Das waren keine leeren Worte. Am 6. März 1945 wurde in Bukarest eine neue Regierung unter Führung von Petru Groza gebildet, in der die Kommunisten und Prokommunisten entscheidenden Einfluß ausübten. Vier Tage später, am 9. März, sandte Stalin dem neuen Ministerpräsidenten folgendes Telegramm: »Die sowjetische Regierung hat das Gesuch, das der rumänische Ministerpräsident in seinem Briefe vom 8. März bezüglich der Schaffung rumänischer Verwaltung auf transsylvanischem Boden überprüft. Da die neue rumänische Regierung, die die Herrschaft im Staate angetreten hat, sich verpflichtete, Ruhe und Ordnung in Transsylvanien zu wahren und bereit ist, sowohl die nationalen Rechte als auch die normale Tätigkeit der örtlichen Organe zu garantieren, deren Aufgabe es ist, die Versorgung der Front sicherzustellen, hat die sowjetische Regierung beschlossen, der Bitte der rumänischen Regierung zu entsprechen und dem Waffenstillstandsabkommen von 12. September 1944 gemäß der Errichtung einer Verwaltung der rumänischen Regierung zuzustimmen«⁵³. Es ist beachtenswert, daß Stalins Antworttelegramm nur einen (!) Tag nach Entsendung von Grozas Gesuch abgeschickt worden war. Vierundzwanzig Stunden genügten der Sowjetregierung, um das Gesuch Rumäniens zu erwägen, darüber positiv zu entscheiden und Rumänien über die Gewährung seiner Bitte zu informieren.

Wyschinski verkündete noch am selben Tage, am 9. März, die Wiedereinsetzung der rumänischen Verwaltung in Transsylvanien, und erklärte bei dieser Gelegenheit: »Als ich nach Rumänien kam, gab ich meiner Meinung Ausdruck, daß unter bestimmten Umständen eine ru-

⁵¹ Le problème... S. 23—25.

⁵² Burks, S. 157.

⁵³ Le problème... S. 26.

mänische Administration Transsylvanien verwalten kann. Damals bestanden diese Bedingungen nicht. Heute bestehen sie«⁵⁴.

Nicht ohne Grund sieht die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung im 6. März 1945 eine Art Wendepunkt in der historischen Entwicklung Rumäniens: »In der Spanne zwischen dem 23. August 1944 und dem 6. März 1945 blieben die Bourgeoisie und die reaktionären Großgrundbesitzer die hauptsächliche Kraft im neuen Regime. Die Schaffung der Regierung Petru Groza am 6. März 1945 bedeutete den Sieg der volksdemokratischen Herrschaft in Rumänien«⁵⁵. Als Preis für den Sieg des volksdemokratischen Regimes erhielt Rumänien die Herrschaft in Transsylvanien.

Mit Recht wies Bennett Kovrig in einer Arbeit über das volksdemokratische Ungarn auf die Tatsache hin, daß viele Zeichen darauf hindeuten, die Sowjetunion habe einige Zeit die Schaffung eines selbstständigen Transsylvaniens erwogen und daß ein Teil ihrer »divide et impera« Politik gegenüber Rumänien und Ungarn war. Es trifft jedoch nicht genau die Sachlage, wenn er schreibt, daß mit Errichtung der prokommunistischen Regierung Groza »diese Politik völlig verschwand«⁵⁶. Denn die »divide et impera« Politik, der Transsylvanien als Mittel diene, wurde auch nach dem 6. März 1945 fortgesetzt, wenn auch in etwas anderer Art.

f) Andere Möglichkeiten offen halten

Bereits am 18. März 1945 teilte Susaikov, Vertreter der Sowjetunion in der Sitzung der Alliierten Kontrollkommission (ACC) mit, »Transsylvanien ist nicht an Rumänien zurückgegeben worden, der rumänischen Verwaltung ist lediglich erlaubt worden, nach Nordtranssylvanien zu kommen, um es zu verwalten ... Er sagte, daß die rumänische Regierung und Presse sich eines unrichtigen Ausdrucks bedient hätten, als sie schrieben, Nordtranssylvanien sei an Rumänien zurückgegeben worden. Die Frage der Grenzziehung im Norden wird auf der Friedenskonferenz entschieden werden«⁵⁷.

Auch in Transsylvanien selbst hatten die Einwohner nicht das Gefühl, mit der Rückkehr der rumänischen Verwaltung sei das politische Schicksal des Gebietes endgültig entschieden. Dazu trug auch der amerikanische Außenminister Stettinius mit seiner Erklärung vom 13. März 1945 bei, die rumänische Verwaltung sei in Transsylvanien nur provisorisch wieder eingesetzt worden, und der Beschluß bedürfe noch der Bestätigung seitens der Friedenskonferenz. Als die Rumänen am 13. März in Klausenburg die Wiederkehr der rumänischen Stadtverwaltung feierten, berichtete der anwesende britische Repräsentant, daß König Michael sich geweigert hatte, Begrüßungsworte zu sprechen, zum Zeichen

⁵⁴ Csátáry, S. 461.

⁵⁵ Tilkovszki, S. 947.

⁵⁶ Kovrig, Bennett: The Hungarian People's Republic. Baltimore, London 1970, S. 81.

⁵⁷ FO R 5253/219/37. Telegramm von Air Vice-Marshal Stevenson.

seiner bitteren Enttäuschung über die Erklärung von Stettinius. »Die Atmosphäre war kühl. 80 % der Anwesenden und die meisten der gehißten Fahnen waren ungarisch«⁵⁸.

Noch fünf Monate später, am 18. August 1945, berichtete der politische Vertreter Großbritanniens in Bukarest dem Außenministerium in London, daß »Die Rückkehr der rumänischen Militäreinheiten verstärkte feindschaftliche Gefühle zwischen der rumänischen Bevölkerung, die in ihrer Mehrheit aus Bauern, die von Studenten, Mitglieder der Nationalen Bauernpartei angeführt werden, besteht, und den ungarischen Arbeitern, die von der kommunistischen Dermata-Gruppe geführt werden... Während des Aufmarsches (der rumänischen Armee am 5. März 1945 in Klausenburg) hörte man einerseits viele Hochrufe auf das rumänische Heer und König Michael, andererseits wurden Gegendemonstrationen organisiert, die Hochrufe auf die Rote Armee und Stalin ausstießen«. Bei der Schlägerei, die nach der Parade ausbrach, wurden zwei Arbeiter und ein Armeeeoffizier getötet⁵⁹.

Der britische Repräsentant, Brigadier Greer, bereiste Transsylvanien sechs Tage lang und aufgrund dessen berichtete er am 8. September 1945 in London dem Vizemarschall der Luftflotte Stevenson, daß nach Meinung der Führer der Rumänen in Klausenburg in Transsylvanien »die Worte Freiheit und Recht ihre Bedeutung verloren haben. Die ungarischen und jüdischen Kommunisten herrschen unbeschränkt, während die nichtkommunistischen Massen völlig wehrlos seien«⁶⁰.

Angesichts dieser Situation verblieb bei der rumänischen Führungsschicht ein Gefühl der Ungewißheit über das Geschick Transsylvaniens. Das Kräfteverhältnis innerhalb Rumäniens wurde in weitem Maße von der Meinung beeinflußt, eine prosovjetsche Politik sei der beste Weg, die endgültige Angliederung Transsylvaniens an Rumänien zu erreichen. Charakteristisch für diesen Gedankengang ist der Brief, den der rumänische Führer Julius Maniu an den britischen Repräsentanten in Bukarest, Le Rougetel, mittels eines gemeinsamen Freundes schickte. In diesem Brief berichtete Maniu, daß der Ministerpräsident Groza »erklärte, in der Frage unserer Grenze mit Ungarn haben die Anglo-Amerikaner Einwände zugunsten Ungarns, und nur die Vertreter der Sowjetunion sind für die Rückgabe ganz Transsylvaniens gemäß der Grenzen von 1940 an Rumänien... Der Ministerpräsident sagte, daß... wenn Maniu von den Anglo-Amerikanern eine offizielle Zusicherung erhalte, die der von der Sowjetunion Groza gegebenen parallel ist, ... werde Petru Groza sofort seine Demission einreichen und die Macht jedem übergeben, den Maniu vorschläge«. D. H. Stuart vom Außenministerium in London schrieb an den Rand des Maniu-Briefes folgende Bemerkung: »Groza schlägt zweifellos erhebliches Kapital aus der Tatsache, daß nur die Russen bereit sind, eine vollständige Rückkehr zu Trianon zu garantieren. Dagegen läßt sich

⁵⁸ FO R 5205, RAC 697/429.

⁵⁹ FO 371 R 14253/219/37. »Dermata« war eine große Fabrik mit einer starken kommunistischen Zelle.

⁶⁰ FO 371 R 15237/219/37.

nichts machen, aber wenn wir auch etwas in Rumänien verlieren, so verlieren wir wenigstens nichts in dem gegenwärtig für uns aussichtsreichsten Gebiet, in Ungarn⁶¹. Diese Anmerkung wurde am 22. November 1945 geschrieben, kurze Zeit nachdem in den allgemeinen Wahlen in Ungarn die prowestliche Kleinlandwirte-Partei gesiegt hatte. Daraus kann man schließen, daß der Gedanke, die rumänisch-ungarischen Gegensätze zur Erreichung politischer Ziele auszunutzen, nicht nur der Sowjetunion, sondern auch den Westmächten nicht völlig fremd war.

Kurze Zeit später schrieb der amerikanische Gesandte in Budapest, Arthur Schönfeld, in ähnlichem Sinne in einem geheimen Memorandum an den Außenminister in Washington: »Abwägend, was wir an der Unterstützung oder Teilnahme an einer Revision der transselyvanischen Grenze gewinnen könnten ... die praktisch auf der Tagesordnung steht, ist es für uns wichtiger, die Auswirkungen einer Grenzrevision auf die ungarische als auf die rumänische Innenpolitik in Rechnung zu ziehen, denn Ungarn ist noch eine Zone im Zwielficht, was die sowjetische Machtausweitung betrifft, während die Schatten, die auf Rumänien fallen, schon von dunkler Färbung sind«⁶².

Tatsächlich verzichtete die Sowjetunion keineswegs auf ihre Absicht, nicht nur in Rumänien, sondern auch in Ungarn zu »verdienen«. Über ihre Bereitschaft, »die volle Rückkehr zu Trianon« zu verbürgen, deuteten die sowjetischen Vertreter nur vor Rumänen hin; den Ungarn gegenüber machten sie Andeutungen, daß die endgültige Entscheidung noch nicht gefallen sei. Von diesen Andeutungen ermutigt, erhoben die ungarischen Vertreter verschiedene Forderungen und Beschwerden, wie aus den Worten des Historikers Szenczei hervorgeht: »Generalissimo Stalin stimmte der Wiederangliederung Transselyvaniens (an die rumänische Verwaltung) unter der ausdrücklichen Bedingung zu, daß die neue rumänische Regierung den Ungarn in Transselyvanien volle Gleichberechtigung gewähre. Der Ministerpräsident Groza erklärte bei mehreren Gelegenheiten, um die Befürchtungen der ungarischen öffentlichen Meinung zu zerstreuen, daß der Anschluß (an Rumänien) die Volksverwaltung, die in Zusammenarbeit beider Völker Nordtransselyvaniens errichtet wurde, nicht beeinträchtigt werde ... (er sagte auch,) die Regierung werde dafür sorgen, daß die Ernennung neuer Beamter mit Zustimmung der nordtransselyvanischen Organisationen vorgenommen werde und Ernennungen Beamter von auswärts, die mit den Ortsverhältnissen nicht vertraut und der ortsüblichen Sprachen nicht mächtig sind, möglichst vermieden werden sollen. Bedauerlicherweise wurden diese Zusicherungen nur im äußerst geringen Maße verwirklicht«⁶³.

Auf diese Weise gelang es den sowjetischen Politikern, die transselyvanische Frage auf ständigem Feuer zu halten, wobei beide Seiten Hoffnung auf eine ihnen genehme Lösung hegten, eine ihnen unerwünschte Lösung

⁶¹ FO 371 R 18430/219/37.

⁶² Foreign Relations of the United States, 1946, Vol. 6. Eastern Europe, US Government Printing Office. Washington 1969, S. 273.

⁶³ Szenczei, A magyar-román, S. 168.

befürchteten und sich zu beweisen bemühten, daß sie der Gunst der Sowjetunion würdiger sind als ihre Widersacher.

g) *Änderungen in der sowjetischen Stellung*

Das Problem der Zukunft Transsylvaniens kochte weiter auf »Sparflamme« bis Ende 1945 und Anfang 1946. Die Möglichkeit einer Grenzänderung blieb zwar theoretisch bestehen, doch die praktischen Aussichten ihrer Verwirklichung waren recht gering. Zum Beweis kann die Haltung der ungarischen Kommunisten dienen, die sich stets hüteten, eine Linie zu verfolgen, die zwischen ihr und der sowjetischen Stellung Widerspruch und Zusammenstoß hervorrufen könnte. In jenen Monaten schrieb die kommunistische Presse viel über das Schicksal der ungarischen Minderheit in der Slowakei, griff den tschechoslowakischen Plan über Bevölkerungsaustausch scharf an, und die kommunistischen Führer deuteten damals an, daß in dieser Angelegenheit die sowjetische Führung die ungarische und nicht die tschechoslowakische Position unterstütze⁶⁴. Eindeutig war der Widerstand der Kommunisten gegen die Forderungen einer Grenzrevison. Denn »Verband ehemaliger Einwohner Transsylvaniens und der Nord- und Süd-Bezirke«, der sich damals in Ungarn konstituierte und Anfang 1946 Versammlungen mit der Forderung nach ethnischer Grenzziehung abhielt, nannte das Parteiorgan »Szabad Nép« »eine faschistische Pöbelgruppe«. »Aus dieser Angelengeheit muß man schließen, daß der Wind sät, Sturm erntet. Wer heute 'ethnische Grenzziehung' verlangt, darf sich nicht wundern, wenn ihm ein Echo des Irredentismus antwortet«⁶⁵. In einem anderen Artikel lobte »Szabad Nép« die Nationalitätenpolitik des neuen Rumäniens, die der rumänische kommunistische Führer Vasile Luca mit den Worten ausdrückte: »Wir müssen eine demokratische Nationalitätenpolitik führen, damit jeder Bürger unseres Staates ohne Unterschied seiner Nationalität und seiner Religion fühle, daß Rumänien seine Heimat ist«. Im Geiste dieser Politik — schrieb »Szabad Nép« — »war die Eingliederung Transsylvaniens in Rumänien das gemeinsame Fest der Völker Ungarns und Rumäniens, die beide einer besseren und glücklicheren Zukunft entgegen sehen;« all' dies im Gegensatz zur »heuchlerischen und zynischen Politik Hitlers, der wie ein raffgieriger Bankier, der mit Gold, das ihm nicht gehört, Blut und Arbeiter kauft, Transsylvanien einmal Ungarn und dann wieder Rumänien zusicherte, je nachdem welchen Bundesgenossen er im Moment dringender brauchte«⁶⁶.

Dabei ist zu erwähnen, daß es in Ungarn zu jener Zeit keine Illusionen über irgendwelche praktischen Aussichten mehr gab, daß auch nur ein Teil Transsylvaniens zurückgegeben werde, und das nicht nur bei den Kommunisten, sondern auch bei den anderen Parteien und sogar bei den Ungarn in Transsylvanien selbst. Der ungarische Stellvertreter des

⁶⁴ Vgl. die Rede von Rákosi vom 22. 7. 1945, in: R á k o s i, M á t y á s: Magyar demokráciáért. Budapest 1947, S. 76.

⁶⁵ Szabad Nép v. 6. 2. 1946.

⁶⁶ Szabad Nép v. 4. 4. 1945.

Bürgermeisters von Klausenburg erklärte nach seiner Rückkehr aus Bukarest einer örtlichen ungarischen Zeitung mit Befriedigung, daß es ihm bei den Bukarester Behörden gelungen sei, die Verordnungen über die Vertreibung von Ungarn, deren rumänische Staatsbürgerschaft nicht anerkannt worden war, aufzuheben oder aufzuschieben, und bezüglich der Benutzung des Ungarischen als eine der offiziellen Sprachen in Transsylvanien Erleichterungen zu erzielen. So wurde z. B. die Anordnung, daß Händler, die ihre Bücher in ungarischer Sprache führen, eine sechsmal höhere Steuer zahlen müssen, abgeschafft... Das Organ der Kleinlandwirte-Partei »Kis Újság« gab die Erklärung des stellvertretenden Bürgermeisters im Sinne völligen Einverständnisses wieder und zog garnicht einmal irgendwelche Grenzkorrekturen in Erwägung⁸⁷.

In seinem Artikel von 25. Dezember 1945 kritisierte einer der kommunistischen Führer, József Révai, das Verhalten der rumänischen Ortsbehörden zu den Ungarn in Transsylvanien und stellte fest, daß »die Regierung Groza zweifellos aufrichtig in ihren Absichten ist, es ist aber unerträglich, daß der Geist, zu dem die Regierung Groza aufruft, durch die Taten der reaktionären Verwaltung in Transsylvanien boykottiert wird.« Trotzdem enthielt der Artikel keine Anzeichen einer eventuellen Forderung auf Grenzänderung. Ganz im Gegenteil, es hieß darin, Ungarn »strebt nach Freundschaft und Bruderschaft mit dem demokratischen Rumänien und begrüßt den Vorschlag Grozas bezüglich der Schaffung einer rumänisch-ungarischen Zolleinheit«⁸⁸.

Die kommunistische Propaganda betonte damals, daß nur der Kampf für eine Demokratisierung im tagtäglichen Leben die Aussicht auf eine positive Lösung der Probleme des ungarischen Volkes vergrößern könne. In dem erwähnten Artikel warnte Révai vor einer »Verstärkung der ungarischen Reaktion« (im Gefolge der November — Wahlen von 1945), und mehr auf Einzelheiten eingehend erklärte er in seinem Artikel »Gegen diejenigen, die sich ungarischer Phraseologie bedienen«: Unsere Stellung ist im wesentlichen, daß der Stellenwert national-ungarischer Forderungen, die Verteidigung unserer nationalen Interessen eng verbunden ist mit dem Kampf im Innern, den wir gegen die Reaktion führen oder nicht führen. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung einer Nation, einschließlich ihrem Recht auf ihren nationalen Staat oder auf ethnische Grenzen ist nicht einfach ein natürliches Recht, unabhängig von den historischen Rechten, die eine Nation durch ihren Freiheitskampf erworben hat — letztere sind die einzigen Rechte, welche die Geschichte wirklich anerkennt... Die Verantwortung für die schwere Lage der ungarischen Nation in dieser Stunde, für ihre geringen Aussichten beim Abschluß des Friedensvertrages trägt unserer Ansicht nach die Reaktion, und sie beschuldigen wir, unser Volk wiederum in eine Sackgasse geführt zu haben«⁸⁹. In einem Vortrag, den er in jenen Tagen hielt, sagte Révai

⁸⁷ Szabad Nép v. 9. 5. 1945.

⁸⁸ Szabad Nép v. 25. 12. 1945.

⁸⁹ Szabad Nép v. 13. 1. 1946.

im Abschnitt »Vergeudete Gelegenheiten«, daß in den Sendungen von Radio Kossuth (die Station, die während des Krieges von Moskau aus in ungarischer Sprache betrieben wurde) »wir den damals herrschenden ungarischen Kreisen ganz eindeutig vorgeschlagen haben, das Bündnis mit den Deutschen zu lösen und Rumänien militärisch anzugreifen. Bei aller Gefahr, die mit einem solchen Schritt verbunden ist, hätte er für Ungarn die Rettung und sogar den Gewinn Transsylvaniens bedeutet«⁷⁰.

István Kertész (der damals im Budapester Außenministerium für die Vorbereitung des ungarischen Auftretens auf der künftigen Friedenskonferenz verantwortlich war) hatte also in großem Maße recht, als er schrieb, die Kommunisten unterschätzten die Informationstätigkeit und »erklärten mit Nachdruck, daß die einzigen Taten, die zur Erreichung eines günstigen Friedensvertrages nötig sind, sei die Gewinnung des Vertrauens der Sowjetunion durch die Beseitigung reaktionärer Elemente und Ansichten in der ungarischen Politik, sowie gewissenhafte Durchführung der Waffenstillstandsabkommen. Alle anderen Vorbereitungen seien ihrer Ansicht nach unwichtig«⁷¹. Kertész bezeugt, daß unter dem Einfluß der Kommunisten und Sozialdemokraten sich der Außenminister János Gyöngyösi im Februar 1946 weigerte, eine Note zu unterzeichnen, deren Inhalt er vorher bereits bestätigt hatte und die über die territorialen und ethnischen Fragen und besonders das transsylvanische Problem handelte... In dieser Note wurde der Gedanke entwickelt, daß der ungarischen Nation ein Territorium gewährt werden müsse, das dem Anteil an der Gesamtbevölkerung des Donaugebiets entspricht«⁷².

Bei einer zwischenparteilichen Beratung distanzierten sich die Vertreter der Kommunisten und der Sozialdemokraten (für die Vilmos Böhm sprach) von der Anmeldung territorialer Forderungen »ohne vorherige Klärung bei den verbündeten Mächten«, und traten demgegenüber für eine ungarische Initiative zu direkten Verhandlungen mit den Nachbarstaaten ein. Der Vertreter der Kleinlandwirte-Partei, Pál Auer, der auch von dem Vertreter der Nationalen Bauernpartei unterstützt wurde, lehnte den Gedanken direkter Verhandlungen nicht ab, schlug jedoch vor, daß Ungarn auf jeden Fall seinen Standpunkt zu dem von ihm gewünschten territorialen Grenzänderungen formulieren sollte. Dieser Meinungsunterschiede wegen endete die Beratung völlig ergebnislos⁷³.

Doch Ende Februar oder Anfang März 1946 zeichnete sich plötzlich eine Änderung in der sowjetischen Stellung ab. Der sowjetische Botschafter in Budapest, Puschkin, erklärte bei verschiedenen Gelegenheiten, Ungarn habe keine Aussichten, daß die Siegermächte seine Wünsche und Beschwerden der Tschechoslowakei gegenüber annehmen würden, da die Tschechoslowakei selbst zu den Siegern gehöre und im Kriege ein treuer Bundesgenosse gewesen war. Ungarn sollte also die tschechoslowakische

⁷⁰ Szabad Nép v. 26. 4. 1946.

⁷¹ Kertész, Diplomacy, S. 171.

⁷² Ebenda, S. 178—179.

⁷³ Balogh, Sándor: Parlamenti és párharcok Magyarországon 1945—1947. Budapest 1975, S. 271—272.

These (bezüglich der Regelung der ungarischen Frage in der Slowakei) annehmen und Entschädigung bei Rumänien suchen, das sich im selben Boot wie Ungarn befunden habe⁷⁴. Auch der Vorsitzende der Alliierten Kontrollkommission, Marschall Woroschilow, »gab Ministerpräsident Tildy zu verstehen, daß Ungarn eine gewisse territoriale Entschädigung von Rumänien bekommen könnte, wenn es sich gut benehmen und die tschechoslowakischen Vorschläge über die Regelung der ungarischen Frage in der Tschechoslowakei annehmen würde«⁷⁵.

Im März 1946 wandten sich plötzlich die Vertreter des linken Flügels der Sozialdemokratischen Partei an das Außenministerium mit der Bitte, Material über die transseylvanische Frage auszuarbeiten, und zwar für eine ungarische Regierungskommission, die in offizieller Mission nach Moskau fahren sollte. Sándor Szalai, einer der Führer des linken Flügels der Partei, erklärte begeistert das erbetene Material solle dem sozialdemokratischen Führer Árpád Szakasits als Grundlage bei seinen künftigen Besprechungen in Moskau dienen. Kertész zufolge meinte Szalai »daß die Aussichten, gewisse Gebiete von Rumänien zurückzubekommen, gut seien und daß die ungarische Demokratie stärker werde... Die Kommunistische Partei, die anscheinend grünes Licht aus Moskau bekommen hatte, habe ihre Haltung zu den nationalen Bestrebungen geändert und sei plötzlich zum Bannerträger der ungarischen territorialen Forderungen gegenüber Rumänien geworden«⁷⁶.

Berichte über eine mögliche Änderung der sowjetischen Stellung kamen auch aus anderen Quellen. Der amerikanische Vertreter in Budapest, Arthur Schönfeld, berichtete am 9. März 1946 in einem Geheimtelegramm an sein Außenministerium in Washington, daß »aufgrund von Informationen, die hier in Budapest im Umlauf sind, er durchaus nicht sicher ist, daß die Sowjets den Ungarn ihre Unterstützung bezüglich ihrer Forderung auf Berichtigung der transseylvanischen Grenze verweigern werden... Es ist denkbar, daß die Sowjetunion die Ungarn mit der Möhre einer Revision lockt, um von ihnen wirtschaftliche Zugeständnisse zu erhalten«⁷⁷. Schönfeld schilderte die Sache mehr im einzelnen in einem Artikel, den er 1948 in »Foreign Affairs« veröffentlichte: »Die Sitzung des Außenministerrats (der vier Mächte) sollte im Mai 1946 in Paris tagen und mit dem Entwurf eines Vertrages mit Ungarn beginnen. Der ungarischen Regierung war angedeutet worden, daß die sowjetische Regierung... einige Zugeständnisse bezüglich der transseylvanischen Grenze in Erwägung ziehen könnte... Diese Andeutungen verfehlten ihre Wirkung nicht auf den Beschluß der Kleinlandwirte-Partei, auf dem Altar der Befriedung zu opfern, was damals ein kleines Stück ihrer parlamentarischen Mehrheit zu sein schien«⁷⁸.

⁷⁴ Kertész, Diplomacy S. 124.

⁷⁵ Ebenda, S. 175—176.

⁷⁶ Ebenda, S. 180—181.

⁷⁷ Foreign Relations... S. 272.

⁷⁸ Foreign Affairs. Washington 1948, S. 560—561.

Es läßt sich nicht genau feststellen, was die sowjetische Führung tatsächlich zur Änderung ihrer Stellung bewegte. Es ist möglich, daß Schönfeld recht hat, wenn er schreibt, das Ziel sei gewesen, wirtschaftliche Vorteile aus dem ungarisch-sowjetischen langfristigen Abkommen zu ziehen, über dessen Unterzeichnung zur selben Zeit Verhandlungen stattfanden. Möglich ist auch, daß beabsichtigt war, die innenpolitische Szene Ungarns zu beeinflussen und prosowjetische Tendenzen in ihr anzuregen. Es ist aber auch denkbar, daß dies eine wohldurchdachte Taktik war, die von vornherein nichts Konkretes beinhaltete. Wie dem auch sei, die sowjetischen Andeutungen prägten der ganzen politischen ungarischen Szene ihren Stempel auf und beeinflussten in erster Linie offensichtlich die Stellungen der Kommunistischen Partei.

Das erste Zeichen der Änderung in der Haltung der Kommunisten wurde noch vor der Abreise der ungarischen Regierungsdelegation nach Moskau sichtbar: Am 28. März 1946 veröffentlichte »Szabad Nép« an ungewöhnlich hervorragender Stelle eine Nachricht, die schon einige Tage vorher in zwei ungarischen Zeitungen in Transsylvanien erschienen war und besagte, Stalin habe sich mit Mitgliedern der »Rumänisch-sowjetischen Freundschaftsliga«, die Moskau besuchten, getroffen, und »im Verlauf des Gesprächs wünschte er Einzelheiten über das Schicksal der Ungarn in Rumänien... und gab seiner Freude Ausdruck, als ihm gesagt wurde, daß die (ungarische) Bolyai-Universität ihre Tore wieder geöffnet habe. Gleichzeitig lenkte er die Aufmerksamkeit der Mitglieder der rumänischen Delegation sehr energisch auf die Frage der Gleichberechtigung des ungarischen Volkes«⁷⁹.

Was sich bei den Beratungen der ungarischen Delegation im April 1946 in Moskau ereignete (an ihrer Spitze stand Ministerpräsident Ferenc Nagy, für die Sozialdemokraten nahm Árpád Szakasits und für die Kommunisten Ernő Gerő teil), darüber sind die Aussagen meist nur mittelbar, doch passen sie zueinander. Stephen Kertész gibt folgende Schilderung des Außenministers János Gyöngyösi wider: »Nachdem Stalin die ungarischen Erklärungen angehört hatte, wandte er sich an Molotow und fragte, ob es irgendeine Grundlage für solche Forderungen gäbe. Molotow erwiderte, der Wahrheit entsprechend, daß der Paragraph 19 des rumänischen Waffenstillstandsabkommens Ungarn eine Öffnung lasse, territoriale Forderungen betreffs Transsylvaniens anzumelden. Stalin nickte und sagte, es scheine also, daß die Ungarn wirklich berechtigt seien, Beschwerden zu erheben. Dekanozov, Leiter der Abteilung Südosteuropa im Sowjetischen Außenministerium, riet am Tage darauf dem ungarischen Außenminister, vor Erhebung der territorialen Forderungen direkte Verhandlungen mit der Regierung Rumäniens anzubahnen. Später kam auch Molotow auf diesen Ratschlag zurück.« Kertész fügte hinzu: »Keines der ungarischen Delegationsmitglieder fragte Stalin oder Molotow, ob die ungarischen Forderungen ihre Unterstützung erhalten werden. Doch die Atmosphäre der Unterhaltung war freundlich und

⁷⁹ Szabad Nép v. 28. 3. 1946

Stalins Haltung so wohlmeinend, daß die Delegation sich der sowjetischen Unterstützung sicher glaubte⁸⁰.

Eine parallele Schilderung, gegeben vom Ministerpräsidenten Ferenc Nagy selbst, berichtete der amerikanische Repräsentant in Budapest in einem dringenden Geheimtelegramm: »Molotow und Stalin hörten diesen ungarischen Vorschlag (über Transsylvanien), ohne Einwendungen zu erheben, Stalin erwähnte sogar, daß die Fassung des rumänischen Waffenstillstandsabkommens bezüglich des Rechts Rumäniens, ganz Transsylvanien oder seinen Großteil zu erhalten, beinhalte, daß Ungarn eine Basis für Forderung einiger territorialer Verbesserungen habe«. In einem anderen Telegramm schrieb Schönfeld: »Bei einem Treffen, das im April 1946 in Moskau zwischen Ministerpräsidenten Nagy, Außenminister Gyöngyösi und Außenminister Molotow stattfand, drängte letzterer, wie verlässliche Quellen berichteten, auf direkte Verhandlungen zwischen Ungarn und Rumänien. Molotow betonte, es sei nicht ratsam, die transsylvanische Angelegenheit ohne vorherige Besprechung zwischen den Regierungen Ungarns und Rumäniens der Friedenskonferenz zu übergeben. Molotow stellte weiter fest, die Sowjetunion werde die ungarische Initiative zur Aufnahme der Verhandlungen billigen«⁸¹.

Über diesen Vorschlag Molotows berichtet Ferenc Nagy selbst in seinen Memoiren, doch ohne eine Zusicherung sowjetischer Unterstützung der ungarischen Initiative zu erwähnen: »Molotow zog Gyöngyösi, Puschkin und mich in eine Ecke (und sagte): 'Wir haben die ungarischen Ziele in der transylvanischen Angelegenheit studiert. Eine territoriale Verbesserung (der Grenzen) wird leichter sein, wenn ihr mit den Rumänen ins Einvernehmen kommt. Ich denke, es wäre das Richtige für euch, Verhandlungen mit der Regierung Groza zu initiieren'«⁸². Nagy und Gyöngyösi äußerten Zweifel, ob Groza — aus Rücksicht auf die Innenpolitik — eine solche ungarische Initiative erwidern könnte, und ersuchten die Sowjetunion, der rumänischen Regierung diese Gespräche vorzuschlagen. Doch Molotow wich aus und sagte nur, daß — gleich ob Rumänien den Vorschlag annehmen oder ihn ablehnen werde — Ungarn das Seine täte, wenn es vorschläge, direkte Verhandlungen zu führen. Die Ungarn beauftragten ihren Botschafter in Bukarest, Sebestyén, in persönlichem Gespräch mit Groza den Vorschlag vorzubringen. Doch wie vorauszusehen war, lehnte der rumänische Ministerpräsident den Gedanken, Verhandlungen aufzunehmen, rundheraus ab, und die sowjetische Regierung rührte keinen Finger in dieser Sache⁸³. Nachdem die Pariser Friedenskonferenz schon ihren endgültigen Beschluß gefaßt hatte, wiederholte der ungarische Außenminister immer noch seinen Vorschlag, direkte Verhandlungen aufzunehmen. Er sagte: »Ungarn sieht die transsylvanische Frage nicht als endgültig entschieden an,« es habe direkte Ver-

⁸⁰ Kertész, *Diplomacy*, S. 182.

⁸¹ *Foreign Relations* . . ., S. 281—282.

⁸² Nagy, Ferenc: *The Struggle Behind the Iron Curtain*. New York 1948, S. 210.

⁸³ Ebenda, S. 214.

handlungen noch vor dem Beschluß der Außenminister vorgeschlagen, doch sein Vorschlag sei abgelehnt worden, und so schlage Ungarn dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz vor, »Rumänien aufzufordern, daß sich seine Vertreter mit den unseren treffen«⁸⁴. Solche Verhandlungen kamen aber nicht zustande.

Aber bei ihrer Rückkehr aus Moskau wußte die ungarische Delegation noch nicht, was die Zukunft bringt. Sie kam in zuversichtlicher Stimmung zurück. Das Organ der Kleinwirte- Partei »Kis Újság« schrieb, daß in Moskau »die ungarisch-sowjetische Freundschaft offiziell bestätigt würde und wir uns bei der Lösung unserer wirtschaftlichen sowohl wie unserer politischen Probleme auf die Unterstützung der Sowjetunion verlassen können«⁸⁵. Der Ministerpräsident Ferenc Nagy erklärte in seiner Rede im Parlament, nach der Moskauer Reise »haben sich die Auffassungen jener, die an der sowjetischen Haltung uns gegenüber Zweifel hegten und davon sprachen, daß man aus Ungarn eine Unionsrepublik der Sowjetunion machen wolle, als unwahr erwiesen,« und er sandte »Dankesgrüße der ungarischen Nation an Ministerpräsident Stalin, der regen Anteil und viel Verständnis für alle von uns vorgebrachten Fragen bekundete;« er dankte auch Molotow und dem sowjetischen Botschafter Puschkin. Nicht nur die Zeitungen der Kleinwirte Partei sondern auch die kommunistische Presse begann, Töne der Hoffnung anzustimmen. Bei Rückkehr der Delegation schrieb »Szabad Nép« daß »zweifelloso gerade jetzt, am Vorabend der Beratungen über den Friedensvertrag, unschätzbare Bedeutung der Frage zukommt, wie jene Faktoren, die auf den Frieden, der mit Ungarn unterschrieben wird, entscheidenden Einfluß haben, die Tätigkeit der ungarischen Volkskräfte einschätzen. Die Tatsache allein, daß die Regierung der Sowjetunion die Regierungsdelegation unter Ferenc Nagy als gleichberechtigten Gesprächspartner und mit außerordentlicher Herzlichkeit und Freundschaft empfangt, ist ein ermutigendes Zeichen dafür, daß wir zur Zeit der Friedensverhandlungen uns auf die freundschaftliche Unterstützung unserer Nachbarn verlassen können«⁸⁶. Es scheint, daß zu dieser Zeit die früheren Behauptungen, die Reaktion habe Ungarn in eine »Sackgasse« geführt, in Vergessenheit geraten waren.

Wie Kertész berichtet, »hielt József Révai«, nach Rückkehr der ungarischen Delegation aus Moskau, »eine irredentistische Rede, um die ihn selbst Mitglieder der revisionistischen Liga aus der Zeit Horthys hätten beneiden können. Révai forderte, unter anderem, Ungarn die wichtigen Städte Arad, Szatmár und Nagybánya zurückzugeben«⁸⁷.

Kertész gibt nicht an, wo diese Rede gehalten und wo sie veröffentlicht wurde: in dem Material, das in jenen Tagen und später im Druck erschien, befindet sich nichts, was die Behauptung betrifft einer »irredentistischen Rede« Révais und die Forderung, besagte Städte an Ungarn

⁸⁴ Kis Újság, 24. 4. 1946.

⁸⁵ Kis Újság, 4. 5. 1946.

⁸⁶ Szabad Nép v. 20. 4. 1946.

⁸⁷ Kertész, Diplomacy, S. 182.

zurückzugeben, bestätigen könnte. Im allgemeinen drückte sich Révai äußerst vorsichtig und zurückhaltend aus. Jedoch war die Änderung im Ton der kommunistischen Presse recht deutlich. Das ging so weit, daß der plötzliche und extreme Wechsel sogar im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei interne Kritik auslöste, und zwar im Mai 1946 (nach der Sitzung des Außenministerrats in Moskau, der die Wiederherstellung der Grenzen von Trianon beschloß). Das Zentralkomitee war der Ansicht, daß die Regierungsdelegation, die aus Moskau zurückgekehrt war, übertriebene Schlußfolgerungen gezogen hatte, als sie die sowjetische Stellung, Ungarn sei berechtigt, territoriale Forderungen an Rumänien zu stellen, als Zusicherung sowjetischer Zustimmung zu diesen Forderungen selbst ausgelegt hatte⁸⁸. Entsprechend den Gedankengängen, die unter den Kommunisten zu kursieren begannen, veröffentlichte die kommunistische Presse Artikel, die territoriale Grenzänderungen zugunsten Ungarns befürworteten; die Kommunisten beteiligten sich an der Ausarbeitung eines Regierungsplans, der territoriale Forderungen enthielt, und ihre Zeitungen brachten ohne jegliche Einschränkung die Reden des Ministerpräsidenten und des Außenministers zur Begründung dieser Forderungen. So sagte, zum Beispiel, Ministerpräsident Ferenc Nagy im ungarischen Parlament, in seinem Bericht über den Besuch der Delegation in Moskau, unter anderem: »Die ungarische Delegation brachte in Moskau auch die Friedensziele Ungarns vor. Unser vornehmlichstes Ziel ist die Verteidigung der legitimen staatsbürgerlichen Interessen der Ungarn jenseits unserer Grenzen, unsere Ziele enthalten aber auch territoriale Forderungen, die für die Verwirklichung dieser Verteidigung notwendig sind. Bezüglich dieser Ziele gewannen wir weitgehendes Verständnis, und für einige erhielten wir sogar Zusicherungen, daß wir unterstützt werden. Die Regierung der Sowjetunion zeigt weitgehende Freigiebigkeit bei der Unterstützung der Friedensziele eines Staates, mit dem sie noch vor wenig mehr als einem Jahr im Kriege gestanden hat«⁸⁹.

Die kommunistische Zeitung äußerte kein Wort der Einschränkung, als sie den Inhalt der Rede des Ministerpräsidenten brachte, die konkrete Forderungen enthielt: »Bezüglich Rumänien ist es unser Wunsch, die nationale Frage, die in beiden Staaten besteht, ins Gleichgewicht zu bringen. Das heißt, an Ungarn ist ein Gebiet wieder anzugliedern, in dem außer Ungarn auch Rumänen in annähernd gleicher Zahl wie die Ungarn leben, die nach der endgültigen Grenzziehung in Rumänien verbleiben. Eine solche Lösung bietet eine Garantie für wünschenswertes Verhalten gegenüber Angehörigen von Minderheiten«⁹⁰.

Im Gefolge des ermutigenden Besuchs in Moskau beschlossen die Ungarn, einen Plan für eine Lösung in ihrem Sinne auszuarbeiten. Bezüglich Transsylvaniens kam man zu dem Schluß, daß es keine Möglichkeit gebe, den südöstlichen Bezirk, der am dichtesten von ungarischer Bevölkerung besiedelt ist, mittels eines Korridors mit Ungarn zu ver-

⁸⁸ Balogh, S. 283.

⁸⁹ Szabad Nép v. 3. 5. 1946.

⁹⁰ Szabad Nép v. 7. 5. 1946.

binden. In Memorandum, das dem Außenministerrat im Namen aller ungarischen Koalitionsparteien übergeben wurde, wurde daher »die Forderung auf Rückgabe eines Teils Transsylvaniens erhoben, in dem die Zahl der Rumänen mit derjenigen der Ungarn in jenem Teil Transsylvaniens, das an Rumänien falle, gleich sei«⁹¹ — genau im Sinne der bereits erwähnten Rede von Ferenc Nagy. In diesem Memorandum stützte sich die Regierung Ungarns auf die Grundsätze der Atlantik-Charta, die empfahl, Angehörige einer Nationalität, die ein zusammenhängendes Territorium bewohnen, »demselben Staat angehören sollen«. Ungarn wandte sich in diesem Memorandum gegen Vorschläge über Bevölkerungsaustausch und schlug seinerseits vor, territoriale Probleme mittels Volksbefragung in dem betreffenden Gebiete zu lösen⁹².

In den Vorbesprechungen, die zur Herausbildung der ungarischen Position geführt wurden, schlug Mátyás Rákosi vor, Ungarn solle die Rückgabe eines Gebiets, das sich über 4000 bis 10.000 qkm erstreckte, fordern; schließlich bereitete das Außenministerium aber zwei Alternativvorschläge vor. Der weitestgehende verlangte, an Ungarn 22.000 qkm anzugliedern, dem minimalistischen Vorschlag zufolge sollte sich Ungarn mit der Rückgabe von 4000 qkm begnügen⁹³.

Wäre der ungarische Friedensvertrag gesondert von den anderen Punkten die zur Verhandlung anstanden, beraten worden, und nicht in der Atmosphäre des sich bereits ankündigenden Kalten Krieges — wäre es durchaus möglich gewesen, daß Ungarn eine Chance gehabt hätte, wenigstens einen Teil seiner Forderungen durchzusetzen. Eine solche Möglichkeit erwog jedenfalls jede der Großmächte. Bereits die ersten Richtlinien, die das britische Außenministerium der britischen Militärdelegation, die nach Ungarn reiste, mitgab, stellten fest, daß »in Anbetracht der sehr großen ungarischen Minderheit (in Transsylvanien) eine gewisse Abänderung der Trianon-Regelung wünschenswert sein könnte«⁹⁴. Der amerikanische Vertreter in Budapest schrieb, daß »eine gewisse Verbesserung der Grenzziehung, so geringfügig sie auch sei, die Position der Regierung Ungarns sehr stärken würde. Ich empfehle dem Außenministerium, in dieser Hinsicht alles in seinen Kräften Stehende zu tun, was die Position von Ferenc Nagy stärken könnte, um zu versuchen, eine Änderung im inneren Gleichgewicht herbeizuführen«⁹⁵. Ähnliche Gedanken waren auch, wie wir gesehen haben, hinter der sowjetischen Diplomatie erkennbar⁹⁶. Das ungarische Memorandum kam jedoch zu spät. Als Anfang Mai 1946 die Außenminister in Paris zusammentraten, war der Entwurf des Abkommens mit Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Italien schon fast fertiggestellt worden und jedwede wesentliche Änderung an diesem Schriftstück hätte in sich

⁹¹ Ebenda.

⁹² Hogue, Michael: *The Paris Peace Conference of 1946*. New York 1970, S. 5—6.

⁹³ Ebenda, S. 7.

⁹⁴ FO 371 R 451/451/21.

⁹⁵ *Foreign Relations* ..., S. 303.

⁹⁶ Vgl. Anmerkungen, Nr. 77 u. 78.

die Gefahr geborgen, das Gleichgewicht zwischen den gegenseitigen Gewinnen und Verlusten der Mächte zu Fall zu bringen. Das Problem Transsylvaniens erschien in den Augen keiner der Mächte wichtig genug, um seinetwegen dieses Gleichgewicht zu gefährden. Daher beschlossen die Außenminister am 7. Mai, ohne ausführliche und gründliche Beratung, die Grenze zwischen Rumänien und Ungarn wie im Trianon-Vertrag gezogen, zu bestätigen⁹⁷.

Dieser Beschluß wirkte wie ein Schock auf die ungarische öffentliche Meinung, die durch den optimistischen Ton der Reden der ungarischen Führer und Zeitungen einen anderen Ausgang erwartete. Die ungarische Delegation in Paris versuchte, das Unheil abzuwenden und schlug vor, Ungarn und Rumänien zu verpflichten, untereinander direkte Verhandlungen über das territoriale Problem zu führen (ohne das irgendwelche Aussicht bestanden hätte — besonders nach dem Beschluß des Außenministerrats — daß Rumänien auf den Vorschlag eingehe), und die Frage an den Außenministerrat zur Entscheidung zurückzuleiten, wenn die Verhandlungen kein Ergebnis zeitigen sollten. Vergeblich versuchte die ungarische Regierung ihre Minimalforderung über die Rückgabe von 4000 qkm wenigstens ins Gespräch zu bringen⁹⁸.

h) Der Kreis schließt sich

Die ungarische Diplomatie setzte noch eine Zeit lang ihre Bemühungen fort, eine Änderung des Beschlusses zu erreichen, und die ungarische Presse erweckte noch Hoffnungen, es gäbe eine Aussicht für dieses Ziel.

In einer offiziellen Veröffentlichung des ungarischen Außenministeriums im Jahre 1946 hieß es, »trotz des unzweifelhaft guten Willens« von Groza und anderen demokratischen Persönlichkeiten in der Regierung Rumäniens »stellten sich ihre guten Absichten als zu unentschlossen heraus, gegenüber den Taten der offiziellen Verwaltung und dem unnachgiebigen Chauvinismus des Großteils der rumänischen Gesellschaft.« Daher waren die Anstrengungen der demokratischen Kreise in Rumänien, die Rechte der ungarischen Minderheit zu sichern, nicht von Erfolg gekrönt, im Gegenteil, die Lage der Ungarn in Transsylvanien verschlimmerte sich immer mehr. Rumänien legte den guten Willen der ungarischen Regierung und Publikationsorgane »als Zeichen der Schwäche oder als stillschweigendes Eingeständnis aus... daß das transsylvanische Problem bereits seine endgültige Lösung gefunden habe.« Um die Rechte der Ungarn in Transsylvanien zu schützen, erhob Ungarn seine territorialen Forderungen, und überzeugt von der Berechtigung seiner Forderungen, wendet sich Ungarn jetzt an die für die neue europäische Regelung verantwortlichen Faktoren, nicht über das Schicksal der Ungarn in Transsylvanien im Gegensatz zu den geheiligten Prinzipien zu entscheiden, für die im Zweiten Weltkrieg so viel Blut vergossen wurde«⁹⁹.

⁹⁷ H o g y e, S. 35.

⁹⁸ Ebenda, S. 40.

⁹⁹ Le problème..., S. 43.

Ministerpräsident Ferenc Nagy wiederholte diese Beschwerden und Forderungen, auch nachdem in der Außenministersitzung die Entscheidung gefallen war. In seiner Ansprache in der Stadt Vác erklärte er, »wenn die Großmächte den Frieden wollen, wenn sie wollen, daß alle Völker — auch das ungarische Volk — ihn aufrichtig und ohne Bitternis empfangen können, dann kann der Beschluß der, wie es heißt, auf der Sitzung des Außenministerrats in Paris bezüglich der Wiederherstellung der rumänisch ungarischen Grenze vom Jahre 1938 gefaßt wurde, nicht in Kraft bleiben«¹⁰⁰. Und auch das kommunistische Zentralorgan »Szabad Nép« reagierte: »Der Pariser Beschluß wird zu unseren Gunsten geändert werden; unsere gerechte und ehrenhafte Stellung zugunsten der Rechte der ungarischen Minderheiten wird aber nur Gewicht haben, wenn das ganze ungarische Volk in demokratischer Einheit, die ihren Ausdruck in Taten findet, sich hinter sie stellt. Wir müssen sagen« — fuhr »Szabad Nép« fort — daß das Bild, das den demokratischen Fortschritt und die nationale Einheit aus den Tagen der Moskauer Reise sichert, in der Zeit seit damals nicht stärker geworden ist«¹⁰¹. Trotz dieser einschränkenden Bemerkung ist aus der ungarischen Reaktion deutlich erkennbar, daß die Kommunisten der Ansicht waren, unter bestimmten Bedingungen sei eine Änderung des Außenministerbeschlusses doch noch möglich. József Révai sprach diesen Gedanken klar aus: »Die öffentliche Meinung bei uns, die mehr von wechselnden Stimmungen als von nüchterner Einschätzung der Wirklichkeit geleitet ist, schwebte nach der Moskauer Reise in den Wolken; jetzt jedoch, nach dem Beschluß der Außenminister in Paris, ist sie in den Abgrund der Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit versunken. So wie nach der Reise nach Moskau kein Platz für Stimmungen war, wir könnten ruhig und sicher sein, daß unsere nationalen, gerechten Forderungen befriedigt würden und alles schon in unserer Tasche sei — ebenso ist es jetzt, nach dem Pariser Beschluß über Transsylvanien, nicht richtig, ins andere Extrem zu fallen: in bittere Enttäuschung und ein Gefühl, daß wir nun nichts mehr erhalten werden. Der Pariser Beschluß war für uns schmerzlich, er stellt aber keine Entscheidung dar, und vor allem: er ist nicht endgültig. Jetzt helfen uns nicht Verbitterung und Enttäuschung, Nervosität und Voreiligkeit, sondern Standhaftigkeit, innere Disziplin und Einheit. Die endgültige Entscheidung in der Frage der Grenzen Transsylvaniens hängt auch von unserem Verhalten ab — und das nicht an letzter Stelle«¹⁰².

»Szabad Nép« brachte dann ohne einschränkende Bemerkungen die Worte des Präsidenten Zoltán Tildy: »Zusammen mit mir glaubt die gesamte ungarische Nation, glauben alle demokratischen Schichten des ungarischen Volkes, daß der Beschluß (bezüglich Transsylvaniens) nicht endgültig ist und daß die transsylvanische Frage noch aufs neue zur Beratung gestellt werden wird«¹⁰³.

¹⁰⁰ Szabad Nép v. 14. 5. 1946.

¹⁰¹ Szabad Nép v. 15. 5. 1946.

¹⁰² Szabad Nép v. 12. 5. 1946.

¹⁰³ Szabad Nép v. 29. 5. 1946.

Zwischen dem Beschluß der Außenminister vom Mai 1946 und der Friedenskonferenz in Paris im Juli desselben Jahres besuchte eine ungarische Delegation höchsten Ranges — unter Führung von Ferenc Nagy und mit Beteiligung von Mátyás Rákosi — die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien und versuchte unter anderem auch zu erreichen, daß die transseylvanische Frage erneut beraten werde. Nach Rückkehr der Delegation sagte Ferenc Nagy auf einer Pressekonferenz, daß »bezüglich der ungarisch-rumänischen Grenze alle unsere Anstrengungen darauf gerichtet seien, daß diese Frage noch einmal vor dem Außenministerrat gebracht werde. Der Außenministerrat muß allerdings so viele Probleme bewältigen, daß die Minister nur sehr unwillig Fragen, die bereits entschieden worden sind, aufs neue beraten... Doch es erscheint mir sicher, daß, falls es uns gelingt, die Frage der ungarisch-rumänischen Grenzen wiederum im Außenministerrat zur Diskussion zu stellen, man diesmal die Auswirkungen dieser Frage auf Ungarn mehr berücksichtigen wird«¹⁰⁴.

Selbst noch im August 1946, inmitten der Pariser Friedenskonferenz, rief »Szabad Nép« in einem Artikel unter der Überschrift »der ungarische Frieden und die Kommunistische Partei« nach Grenzverbesserungen in Transseylvanien, und diesmal wandte sich das Zentralorgan beinahe flehentlich an Rumänien: »Ungarn hat territoriale Forderungen hauptsächlich an Rumänien angemeldet. Wir wissen, daß Rumänien zum Sieg über Hitler mit der Waffe in der Hand beigetragen hat, während wir nur Arbeit beisteuerten. Doch im Namen der Hilfe, die die ungarischen Arbeiter und Bauern der Roten Armee geleistet haben, bitten wir, daß der Paragraph bezüglich Transseylvaniens im rumänisch-sowjetischen Waffenstillstandsabkommen (! — das Abkommen war namens der drei Alliierten unterschrieben worden — Y. L.) zu unseren Gunsten ausgelegt werde... Wir verstehen, daß die rumänische Demokratie die gegen ihre innere chauvinistische Reaktion einen schweren Kampf führt, nicht die Last territorialer Verzichtes tragen will. Aber das gilt auch für die ungarische Demokratie! Die Stärkung der rumänischen Demokratie bedarf nicht nur der Standfestigkeit gegen die Reaktion zuhause — sondern auch, daß in Ungarn, und ebenso auch bei den Ungarn in Transseylvanien die chauvinistische Reaktion nicht die Oberhand erhalte. Daher liegt eine Befriedigung der wirklich bescheidenen, minimalen Forderungen Ungarns auch im Interesse der rumänischen Demokratie«¹⁰⁵.

Diese Worte wurden an die »rumänischen Demokraten« gerichtet; doch mußte dem Verfasser des Leitartikels natürlich klar sein, daß die Rumänen — Kommunisten, Demokraten wie auch Reaktionäre — sich von den Argumenten über die Bedürfnisse der »ungarischen Demokratie« nicht überzeugen lassen, und auf Transseylvanien oder einen Teil davon nicht freiwillig verzichten würden. Die ganze Formulierung der Dinge bezeugt, daß sie tatsächlich an die Adresse der Sowjetunion gerichtet sind; aus ihrem Inhalt und Ton ist spürbar, daß zwischen den ungari-

¹⁰⁴ Szabad Nép v. 27. 6. 1946.

¹⁰⁵ Szabad Nép v. 13. 8. 1946.

schen Kommunisten und den sowjetischen Führern unter der Oberfläche Differenzen bestanden.

Es wäre durchaus nicht erstaunlich, wenn das sowjetische politische Schwanken bei den ungarischen Kommunisten Erbitterung hervorgerufen hätte. Denn sie bildeten sich im Frühjahr und Sommer 1946 ihre Stellung in der Frage Transsylvaniens nicht auf eigene Initiative, sondern aufgrund der Ermutigung, die der ungarischen Regierungsdelegation, bei ihrem Besuch im April jenes Jahres, gegeben worden war. Zweifellos erfreute diese Ermutigung die ungarischen Kommunisten; es besteht keine Ursache anzunehmen, weder aufgrund ihrer früheren Stellungen zum Trianon--Vertrag noch aufgrund ihrer allgemeinen Haltung, daß sie die Rückgabe Transsylvaniens oder weingstens eines Teils davon an Ungarn nicht gewollt hätten. Aber dieser Wille war einem viel grundlegenderen Prinzip in ihrer Haltung untergeordnet: dem Prinzip der Koordinierung mit der sowjetischen Position und der Übereinstimmung mit ihr. Aus verschiedenen Anzeichen in der sowjetischen Politik im Frühling 1946 schlossen sie, daß die Forderungen auf territoriale Grenzverbesserungen in Transsylvanien tatsächlich mit der sowjetischen Stellung übereinstimme. Ihr Irrtum stellte sich zu einem Zeitpunkt heraus, der für sie aus innenpolitischen Gründen nicht leicht war: im Sommer und Herbst 1946 wurde in Ungarn eine große politische Auseinandersetzung geführt, die Kommunisten waren gezwungen, an vielen Fronten zu kämpfen, und in den meisten wurden sie in die Defensive gedrängt. So war es nur natürlich, daß sie sich in dieser schweren Stunde verlassen und sogar betrogen sahen, als die sowjetische Weigerung, die ungarischen »bescheidenen, minimalen« Forderungen zu unterstützen, sie vor die Wahl stellte — gegen die sowjetische Position aufzutreten, oder sie zu unterstützen, bei Strafe der Unpopularität, mit der eine solche Unterstützung verbunden sein mußte.

So war es eines der seltenen Male in ihrer Geschichte, als die Ungarische Kommunistische Partei versuchte — wenn auch mit schwacher und flehender Stimme — gegen die Stellung der sowjetischen Führung aufzustehen. Dieses Zusammenprallen der Ansichten dauerte jedoch nur wenige Tage, sehr schnell fand die Sache ihre übliche Lösung: die ungarische Kommunisten richteten sich nach der sowjetischen Linie aus.

Die Kleinlandwirte-Partei verstand sehr wohl die Wichtigkeit des kommunistischen Dokuments, das gegen die sowjetische Stellung Einspruch erhob. Ihre Zeitung »Kis Újság«, die über den Inhalt des Artikles berichtete, betonte besonders die Forderung, Ungarn wenigstens einen kleinen Teil der transsylvanischen Gebiete, die in ihrer Mehrheit von Ungarn bewohnt waren, zurückzugeben, und die Proteste gegen die Vertreibung von Angehörigen der ungarischen Minderheit aus der Tschechoslowakei¹⁰⁶.

¹⁰⁶ Die Kleinbauern waren sich der Wichtigkeit des zitierten kommunistischen Artikels voll bewußt. Im Bericht über seinen Inhalt unterstrich ihre Zeitung »Kis Újság« die Forderung, Ungarn wenigstens einen kleinen Teil jener

Die Erbitterung der Kommunisten war verständlich, waren sie doch nun im Netz einer Propaganda verstrickt, die sie aufgrund sowjetischer Andeutungen entwickelt hatten und aus der einen Ausweg zu finden, ihnen schwerfiel. Wie sehr sie verstrickt waren, ist aus der Tatsache ersichtlich, daß die Sozialdemokraten — die an die sowjetische Stellung nicht gebunden waren und daher in der transsylvanischen Frage nicht wie die Kommunisten »vorausgeprescht« waren, — es sich leisten konnten, eine zurückhaltendere Linie zu verfolgen. »Népszava«, die sozialdemokratische Zeitung, gab zwar ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die Friedensbedingungen nicht zufriedenstellend seien, und das trotz der »Zeichen guten Willens, die die Sowjetunion uns gegenüber im vergangenen Jahre zeigte«. Doch bemerkte das sozialdemokratische Organ, »die Vergangenheit habe von vornherein entschieden, daß wir als besiegte Nation nur einen schlechten Frieden erwarten können.« Jedoch — schrieb das Blatt — »die ungarische Demokratie kann sich nicht auf eine Politik des Beschwerdeführens und der Weinerlichkeit aufbauen«. und »wie auch immer der Friedensvertrag sein möge, die ungarische Nation muß leben, und die ungarischen Werktätigen wollen und wissen auch auf dem Gebiet, das ihnen geblieben ist, europäisches, wahrhaft demokratisches Leben und Freiheit zu schaffen«¹⁰⁷.

Ungarn machte noch einen »ideologischen« Versuch, um zu beweisen, daß es fortschrittlicher als Rumänien und daher würdiger sei als Rumänien, Transsylvanien zu erhalten. Der Historiker László Szenczei führte sogar zugunsten Ungarns an, sein Land habe im Kriege eine schwere Niederlage erlitten und sei völlig zusammengebrochen. »Die schicksalhaften Tage des Jahres 1944 trafen« — wie er meinte — »nicht die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung (Rumäniens), und das liberale Kapital; der Kapitalismus der Bojaren blieb auch bis heute (1946) ein mächtiger Faktor. Der Staatsapparat und die rumänische Armee wurden von der großen politischen und militärischen Krise viel weniger getroffen als die ungarischen Institutionen. Die Waffen der rumänischen Reaktion sind also weit mehr intakt geblieben. Die Friedenspolitik der Demokratischen Front (Rumäniens) repräsentiert also nur einen Teil — einen kleineren Teil — der rumänischen Nation«¹⁰⁸.

Das waren aber Rückzugsgefechte. Zu diesen gehört auch der Vorschlag, der vom ehemaligen Verteidigungsminister Albert Bartha geleiteten »Kossuth-Bund« gemacht wurde, einen »selbständigen transsylvanischen Staat« zu errichten, der engere Beziehungen zwischen Rumänien und Ungarn ermöglichen würde und der die Angliederung der von einer ungarischen Mehrheit bewohnten und an Ungarn grenzenden Gebiete forderte¹⁰⁹.

Gebiete Transsylvaniens zurückzugeben, in denen die Ungarn die Bevölkerungsmehrheit bilden, sowie die Beschwerden über die Vertreibung der ungarischen Minderheit aus der Tschechoslowakei. Kis Újság v. 14. 8. 1946.

¹⁰⁷ Népszava, 4. 8. 1946.

¹⁰⁸ Szenczei, A magyar-román, S. 189.

¹⁰⁹ Kis Újság, 24. 8. 1946.

Tatsächlich war die Entscheidung bereits gefallen. »Die sowjetischen Repräsentanten in Budapest zögerten nicht, von Entgegenkommen gegenüber den Wünschen Ungarns zu sprechen, doch die sowjetischen Vertreter in London und Paris wichen niemals von der Linie voller Unterstützung Rumäniens ab«, schrieb John Campbell in »Foreign Affairs«¹¹⁰. Auch die Amerikaner und die Briten zeigten keine Lust, dem ungarischen Wunsch auf erneute Beratung des transsylvanischen Problems zu entsprechen, und alle drei Seiten waren mehr damit beschäftigt, sich gegenseitig die Schuld zuzuschreiben, ohne daß sie etwas für die Änderung des Ministerratsbeschlusses getan hätten.

Als die Ungarn Molotow berichteten, die Amerikaner hätten Bereitschaft gezeigt, die transsylvanische Frage erneut zu beraten, falls die Sowjetunion diesen Punkt auf die Tagesordnung stelle, erwiderte Molotow, als ob er die Ermutigung, die er uns im April (1946) in Moskau gegeben hatte, vergessen hätte: »Die Sowjetunion kann ihre Stellung in der einen oder anderen Frage nicht von einem Mal zum anderen ändern... Außerdem wurde in der Sitzung des Außenministerrates, in der beschlossen wurde, ganz Transsylvanien an Rumänien anzugliedern, dieser Vorschlag offiziell vom amerikanischen Außenminister eingebracht, und wir unterstützten ihn, da er dem Paragraphen im Waffenstillstandsvertrag entsprach«¹¹¹.

Aufgrund dieser Mitteilung Molotows sagte Außenminister Gyöngösi dem amerikanischen Bevollmächtigten in Budapest, Ungarn sei offiziell mitgeteilt worden, daß der Beschluß des Außenministerrats bezüglich Transsylvaniens aufgrund des Vorschlags von Außenminister Byrnes gefaßt wurde.

»Ich erwiderte dem ungarischen Außenminister, dies sei eine erstaunliche Mitteilung, denn nach der mir übermittelten Information kam die Initiative zugunsten der ungarischen Hoffnungen von seiten der Russen«, meldete in einem dringenden Geheimtelegramm der amerikanische Vertreter in Budapest nach Washington¹¹². Als Reaktion darauf startete Washington eine intensive Propagandakampagne. Byrnes instruierte seinen Repräsentanten in Budapest, »bei passender Gelegenheit dem (ungarischen) Außenminister zu sagen, daß der Beschluß des Außenministerrats auf sowjetische Initiative hin angenommen wurde.« Die Regierung der USA habe sich für kleinere Grenzverbesserungen ausgesprochen, »jedoch setzte sich schließlich die sowjetische Auffassung durch«¹¹³.

Als die ungarische Regierungsdelegation im Juni 1946 die USA besuchte, nutzte Byrnes die Gelegenheit und lud Ministerpräsident Nagy zu einem persönlichen Gespräch ein. Über den Inhalt dieses Treffens äußerte sich Byrnes diesmal weniger eindeutig: Nach diesem Bericht

¹¹⁰ Foreign Affairs, 1947, S. 211 (John C. Campbell).

¹¹¹ Nagy, S. 273.

¹¹² Foreign Relations..., S. 299.

¹¹³ Ebenda, S. 301—302.

»hatte er vorgeschlagen, ganz Transsylvanien an Rumänien anzugliedern, bat aber einen Paragraphen anzufügen, der direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen Rumäniens und Ungarns ermöglichen soll, um eventuell zu einer Grenzberichtigung zu gelangen...«¹¹⁴. Laut Protokoll dankte Nagy seinem Gesprächspartner für diese Stellung — doch er selbst bezeugte, seinerzeit auch von Molotow über die Bereitschaft der Sowjetunion gehört zu haben, direkte rumänisch-ungarische Verhandlungen zu unterstützen¹¹⁵.

Auf der Friedenskonferenz selbst wurde dann von einem bevollmächtigten amerikanischen Repräsentanten eine weitere Version übermittelt. Demnach hätten selbst die Erklärungen Byrnes' in seinem Gespräch mit Nagy in gewissem Maße die Wirklichkeit beschönigt. Am 5. September 1946 bat der australische Vertreter auf der Pariser Friedenskonferenz in einer Kommissionssitzung, die den Friedensvertrag mit Rumänien beriet, um eine mehr ins einzelne gehende Erklärung der Geschehnisse bezüglich der transsylvanischen Frage. Der damalige amerikanische Botschafter in Moskau, Averell Harriman, erklärte, daß die amerikanische Delegation im Außenministerrat vorgeschlagen habe, die Möglichkeit von Grenzverbesserungen zu prüfen, ohne jedoch irgendeinen konkreten Vorschlag betreffs direkter Verhandlungen zwischen Rumänien und Ungarn einzureichen: doch nachdem »andere Mitglieder des Außenministerrates dem nicht zustimmten, und angesichts der Erwünschtheit einstimmiger Bechlüsse, bestanden, die USA nicht darauf«¹¹⁶.

Byrnes selbst traf Nagy in Paris und gab eine andere Erklärung — bzw. legte sich eine Ausrede zurecht — für das Nichtwiederaurollen der transsylvanischen Frage: »Es wäre im besten Interesse Ihres Landes, einen Friedensvertrag so schnell wie möglich zu unterschreiben. Würden wir die transsylvanische Frage wieder zur Sprache bringen und bezüglich ihrer Regelung Schwierigkeiten machen, so würde sich der Frieden mit Ungarn verzögern. Wir tun alles in unseren Kräften Stehende, um Sie sowohl politisch wie wirtschaftlich zu befreien. Aus diesem Grunde bescheunigen wir den Friedensschluß und legen ihm so wenig wie möglich Hindernisse in den Weg«¹¹⁷.

Auch in London erging es den Ungarn nicht besser. John Haire, Mitglied des Parlaments, bezeugt: »Vor einem Jahr (1946) machte Ferenc Nagy in Downing Street einen guten Eindruck, ging aber mit leeren Händen aus«¹¹⁸. Als auf der Pariser Friedenskonferenz der endgültige Beschluß gefaßt wurde, erwiderte gerade der britische Repräsentant auf die Frage, warum die transsylvanische Grenze so und nicht anders festgelegt wurde; »Als der Beschluß gefaßt wurde, war niemand der Ansicht, es gäbe irgendeine Grundlage für die ungarischen Forderungen«. Nach

¹¹⁴ Ebenda, S. 307.

¹¹⁵ Geheimes Memorandum über die Besprechung zwischen F. Nagy und Byrnes. Ebenda.

¹¹⁶ H o g y e, S. 36.

¹¹⁷ N a g y, S. 273.

¹¹⁸ New Statesman v. 7. 6. 1947, S. 408.

den Aussagen von Ferenc Nagy zählten alle vier Großmächte zur Mehrheit der zehn Staaten, die den Beschluß bestätigten, und den Ungarn »gelang es nicht, den ursprünglichen Beschluß vom 7. Mai zu ändern«, weil die Resümmees der vier Außenminister der Großmächte »einen fast verpflichtenden Einfluß« auf die überwiegende Mehrheit der anderen in der Pariser Friedenskonferenz vertretenen Nationen hatten: der ungarischen Delegation blieb also nichts anderes übrig, als »den Schmerz der ungarischen öffentlichen Meinung angesichts dieses Beschlusses auszudrücken«¹¹⁹.

In der Kommission, die den ungarischen Friedensvertrag behandelte, wurde die transsylvanische Frage überhaupt nicht zur Sprache gebracht, da sich unter den 13 Kommissionsmitgliedern kein einziger befand, der sich die ungarische Stellung zueigen gemacht und über diese Frage einen Antrag über eine weitere Beratung gestellt hätte. Die transsylvanische Frage wurde aber in der Kommission für den Friedensvertrag mit Rumänien zur Sprache gebracht und dort wurde, auf die Initiative des australischen Vertreters hin, beschlossen, über das Problem in einer gemeinsamen Sitzung der ungarischen und der rumänischen Kommission zu beraten. Diese Beratung fand am 2. September 1946 statt. Ungarn wurde von Paul Auer vertreten, Rumänien von seinem Außenminister Tatarescu, der den Gedanken einer Grenzrevision entschieden ablehnte. Sein Hauptargument war, Rumänien habe im Kampf gegen Deutschland viele Opfer gebracht, er deutete aber auch an, Rumänien habe, »schon an anderem Ort verzichtet«. Er meinte damit Bessarabien und die Bukowina, die an die Sowjetunion abgetreten wurden. Nur der australische Repräsentant zeigte auch weiterhin Sympathie für die ungarische Position, die von der Kommission schließlich am 5. September abgelehnt wurde¹²⁰.

Es ist leichter, die Entwicklung der amerikanischen und britischen Stellung zu verfolgen, als die Änderungen in der sowjetischen Position und deren Gründe. Den Forschern stehen bisher keine sowjetischen Originaldokumente zur Verfügung, die auch die sowjetischen Erwägungen mit einbeziehen könnten. Auch die sowjetische und die ungarische Geschichtsschreibung beschäftigt sich kaum mit der Frage Transsylvaniens; wenn sie es überhaupt tut, so begnügt sie sich mit dem mehr oder weniger vollständigen Aufzählen der Tatsachen, doch ohne gründliche Analyse. Daher muß man sich auf diesem Gebiet mit Vermutungen begnügen. Verschiedene sowjetische Verlautbarungen lassen Raum für die Annahme, die sowjetische Politik in der Frage Transsylvaniens sei nicht in allen

¹¹⁹ Népszava v. 7. 9. 1946.

¹²⁰ Szabad Nép v. 3. 8. 1946. Révais Argumente waren natürlich gekünstelt. Den Gegnern der Kommunisten fiel es nicht schwer, auf die inneren Widersprüche der Argumentation wie auch auf die Widersprüche zwischen ihr und der kommunistischen Linie der jüngsten Vergangenheit hinzuweisen. István Balogh, einer der Führer der Kleinlandwirte Partei, erwiderte sofort auf Révais Artikel, daß Ungarn tatsächlich für seine früheren Sünden büßen müßte. »Révai hat aber die Tatsache ignoriert, daß Rumäniens Anteil an der Schuld nicht geringer ist als die unsere, und daß die Slowakei noch bis heute faschistisch ist.« Vgl. Kis Újság v. 6. 8. 1946.

ihren Entwicklungsstufen unnachgiebig gewesen. Es darf angenommen werden, daß Grenzkorrekturen in Transsylvanien zugunsten Ungarns in Moskau in Erwägung gezogen wurden. Diese Erwägungen waren von Veränderungen sowohl in der innenpolitischen Lage Rumäniens und Ungarns als auch ganz besonders von den Wandlungen in den Beziehungen zwischen den Großmächten abhängig.

Der Hauptgrund für die zeitweiligen Meinungsverschiedenheiten zwischen den ungarischen Kommunisten und den sowjetischen Führern in der transsylvanischen Frage im Sommer 1946 scheint in dem Mißverständnis der unterschiedlichen Perspektive zu liegen, in der diese Frage in Moskau und in Budapest gesehen wurde. In den Augen der sowjetischen Führer war Transsylvanien nur eines der geringfügigen Probleme, das vielen anderen Themen von größerer Wichtigkeit untergeordnet war. Als sie im April 1946 die Ungarn ermutigten, Forderungen nach Grenzverbesserungen anzumelden, handelten sie aufgrund momentaner Erwägungen, wie ein Schachspieler, der eine weniger bedeutende Figur zieht; doch dieser Zug löste in Ungarn eine mächtige politische Bewegung aus. Tatsächlich war in den Augen der Ungarn — auch der ungarischen Kommunisten — Transsylvanien eine lebenswichtige Frage und nicht eine unter vielen anderen weniger wichtigen Dingen. Als auf der Pariser Friedenskonferenz das transsylvanische Problem die anderen Züge störte, änderten die Sowjets ihre Stellung ohne jede Schwierigkeit und zogen jede Unterstützung der ungarischen Forderungen zurück; den ungarischen Kommunisten jedoch fiel es wesentlich schwerer, ihre Stellung zu ändern, gerade weil das Problem für sie sehr viel wichtiger war.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Transsylvanien-Frage von der Sowjetunion — in gewissem Maße auch von Seiten der Westmächte — fallen gelassen« wurde, weil es sich nicht lohnte, sich damit abzugeben und die Friedensverträge mit Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Italien, die nach langwierigen Beratungen und vielen Kompromissen erreicht worden waren, zu gefährden. Es ist zu bezweifeln, ob zu jenem Zeitpunkt die Sowjetunion (und auch die USA und Großbritannien) überhaupt noch politischen Nutzen aus dem erneuten Aufwerfen der transsylvanischen Frage ziehen konnten; dieser Nutzen stand jedenfalls in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den die Erschütterung des umfassenden Kompromisses, auf dem die Pariser Friedensverträge begründet waren, hervorzurufen drohte.

Als endgültig klar wurde, daß es keinerlei Hoffnung auf sowjetische Unterstützung der ungarischen Forderungen in der transsylvanischen Frage mehr gab, ließ die Ungarische Kommunistische Partei die Propagandalinie der Frühlings- und Sommermonate bezüglich der ungarischen territorialen Forderungen fallen und kehrte allmählich zu ihrer Stellung von Ende 1945 und Anfang 1946 zurück — daß es die Versäumnisse der ungarischen Politik während und nach dem Kriege waren, welche die Aussichten auf Befriedigung der ungarischen Forderungen vereitelt hatten. Schon im August 1946, noch während »Szabad Nép« Grenzverbesserungen zugunsten Ungarns das Wort redete, legte sie die Grundlagen für den Stellungswechsel: »Nicht die Sowjetunion ist schuld,

sondern die Taten der Vergangenheit und die Versäumnisse der Gegenwart der ungarischen Politik tragen die Verantwortung dafür, daß die ungarischen Friedensziele hier mit der gerechten Sache, welche die Sowjetunion ... in Paris vertrat, in Konflikt gerieten¹²¹. Es war wiederum József Révai, der diese Stellung zu einem etwas späteren Zeitpunkt ausführlich und eindeutig ausdrückte: »Wenn es in den vergangenen Monaten eine Zeitspanne gab, in der der Eindruck entstand, die Aussichten Ungarns bezüglich des Friedensvertrages seien besser geworden, so geschah das dank der Tatsache, daß wir in unserer Innenpolitik den Weg ernsthafter und bewußter Demokratie eingeschlagen hatten. Die Fahrt nach Moskau fand im April, nach der großen Bewegung des 'Linksblocks' im März statt. Danach kam das fatale Bremsen des Schwungs, die 'Rache', welche die Kleinlandwirte-Partei verkündete, die Gegenoffensive der reaktionären Kräfte, die bedauernswerterweise nicht völlig erfolglos war ... Es gibt Leute, die von der Sowjetunion erwarteten, sie werde die ungarischen nationalen Forderungen unterstützen, ohne in Betracht zu ziehen, in welchem Maß sie sich auf die ungarische Demokratie verlassen kann. Wir fragen aber, mit welchem Recht wir von der Sowjetunion erwarten können, daß sie die ungarischen nationalen Forderungen unterstützt, ganz gleich ob die ungarische Innenpolitik nach links oder nach rechts schreitet?«¹²².

Einen Monat später, im September 1946, als das ungarische kommunistische Sprachrohr über den Kongreß des »Ungarischen Volksbundes« in Transsylvanien berichtete, war bereits keine Spur von der Berechtigung der Forderung nach Grenzverbesserungen zu finden. Der Artikel wandte sich scharf gegen die Existenz eines »pro-rumänischen« und eines »pro-ungarischen« Flügels sowie auch gegen einen »pro-transsylvanischen« Flügel unter den Ungarn Transsylvaniens, rief zur Zusammenarbeit der Ungarn mit den rumänischen Kommunisten auf und verkündete, »die Ungarn in Transsylvanien können nicht ein Werkzeug gegen die eine oder die andere Seite sein«¹²³.

* * *

Nach dem die Unterschriften unter die Friedensverträge mit Rumänien und Ungarn gesetzt worden waren, verschwand die transsylvanische Frage von der Tagesordnung als Thema der internationalen Politik zwischen den Großmächten, obwohl sie auch weiterhin im Mittelpunkt des Interesses zwischen Rumänien und Ungarn stand. In den Jahren 1953—55, als er Ministerpräsident war, ergriff Imre Nagy, wie er später schildert, persönlich die Initiative zur Verbesserung der Beziehungen mit Rumänien, doch »war dies ein besonders schwieriges Unternehmen angesichts der schweren Meinungsverschiedenheiten in den Tagen der Pariser

¹²¹ Révai, József: *Élni tudtunk a szabadsággal*. Budapest 1949, S. 70.
Der Artikel von Révai in: *Szabad Nép* v. 13. 1. 1946, Anmerkung Nr. 69.

¹²² *Szabad Nép* v. 8. 9. 1946.

¹²³ Nagy, Imre: *Old Communism*. New York 1957, S. 239.

Friedenskonferenz und angesichts der Entfremdung zwischen beiden Ländern, die ein Wiederaufflammen des Nationalismus zum Ergebnis hatten«¹²⁴. Transsylvanien blieb auch eine Quelle nationaler Unruhen in der Innenpolitik Rumäniens, wie die Errichtung eines ungarischen autonomen Bezirks im Jahre 1952 bezeugt (der nur ein Drittel der Ungarn Transsylvaniens umfaßte) und seine Annullierung Anfang der sechziger Jahre — doch diese Entwicklungen übersteigen den Rahmen dieser Forschungsarbeit.

Transsylvanien bildete — wegen seiner geographischen Lage und der nationalen Zusammensetzung seiner Bevölkerung — eine bequeme Quelle für politische Manöver der Großmächte. Die Geschehnisse in der behandelten Zeitspanne 1940—46 zeigen recht klar, daß es die sowjetische Politik verstand, dieses Problem für ihre Zwecke auszunützen, um ihren Einfluß zu verstärken und um ihre Position in beiden Völkern, dem rumänischen wie dem ungarischen, zu festigen, und das nicht nur bei den ideologisch und politisch der Sowjetunion nahestehenden politischen Kräften, sondern auch in den Kreisen ihrer ideologischen Gegner.

¹²⁴ Birke, Ernst ; Neumann, Rudolf: Die Sowjetisierung Ost-Mittel-europas. Frankfurt, Berlin 1959, S. 316.